

SCHULEN AUF EINEN BLICK



Herausgeber

Statistisches Bundesamt, Wiesbaden

Autorinnen und Autoren

Thomas Baumann, Christoph Schneider,
Dr. Meike Vollmar, Miriam Wolters

Redaktion & Gestaltung

Statistisches Bundesamt

Erschienen im März 2012

Bestellnummer: 0110018-12900-1

Fotorechte

Umschlag

© www.f1online.de Bildnr./Image no: 3088078

© Berchtesgaden - Fotolia.com

Seite 4 © Klaus Leidorf, www.leidorf.de

Seite 9 © Mast - Fotolia.com

Seite 11 © iStockphoto.com / Chris Pecoraro

Seite 13 © panthermedia.net - Frenk and Danielle Kaufmann

Seite 15 © kamikazeflieger / photocase.com

Seite 16 © contrastwerkstatt - Fotolia.com

Seite 19 © iStockphoto.com / David Davis

Seite 21 © iStockphoto.com / Brian Jackson

Seite 23 © Lukow / photocase.com

Seite 25 © Psypion / photocase.com

Seite 31 © es.war.einmal.. / photocase.com

Seite 33 © panthermedia.net - Yuri Arcurs

Seite 49 © iStockphoto.com / Chris Pecoraro

Seite 51 © BC DESIGN / photocase.com

© Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2012

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	5
1 Bildungsbeteiligung und Schuleintritt	6
2 Schulzeit	10
3 Schulerfolg	24
4 Schulbetrieb	36
5 Ausgaben für Schulen	48
Glossar	52



Einleitung

Auf Grund des föderalen Systems in Deutschland verfügen die Bundesländer über die Gesetzgebungskompetenzen im Bereich des Schulwesens. Dies hat zur Entwicklung von unterschiedlichen Bildungssystemen, Bildungsplänen und Schulformen entsprechend den regionalen Erfordernissen und den politischen Vorstellungen der Bundesländer beigetragen.

Schulstatistische Kennzahlen, die es ermöglichen, die Strukturen der unterschiedlichen Schullandschaften in Deutschland und deren Entwicklungen miteinander zu vergleichen, stoßen im Rahmen der Diskussionen über die Bildungspolitik in Deutschland deshalb auf immer größeres Interesse. Die Auswirkungen der Verkürzung der Gymnasialzeit von neun auf acht Jahre stehen zurzeit besonders im Blickpunkt der Öffentlichkeit.

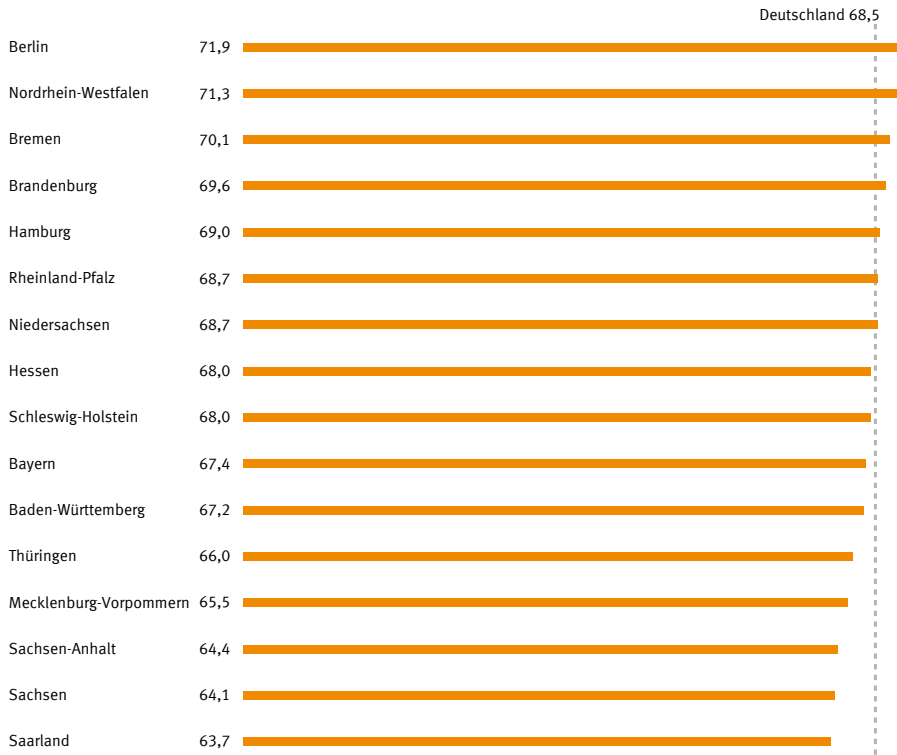
Von besonderer Bedeutung für das Bildungswesen ist die demografische Entwicklung. Seit Ende der 1990er Jahre sind die Geburtenzahlen in Deutschland rückläufig, wobei die Entwicklung in den neuen Bundesländern und im früheren Bundesgebiet unterschiedlich verläuft. Diese Entwicklung, aber auch die individuelle Bildungsentscheidung haben sowohl Einfluss auf das Bildungsangebot als auch die Bildungsnachfrage.

Die Broschüre „Schulen auf einen Blick“ gibt einen Überblick über die wichtigsten nationalen Kennzahlen allgemeinbildender Schulen in Deutschland. Beginnend mit der Einschulung beinhaltet sie Kennzahlen zur Schulzeit und zum Schulerfolg. Ebenso werden Kennzahlen zum Schulbetrieb und zu den Ausgaben für Schulen „auf einen Blick“ dargestellt. Der Fokus der Broschüre liegt entsprechend der institutionellen Abgrenzung auf allgemeinbildenden Schulen. Da jedoch auch allgemeinbildende Schulabschlüsse an beruflichen Schulen erlangt werden können, werden in Einzelfällen, wie bei der Berechnung der Studienberechtigtenquote, auch die beruflichen Schulen mit einbezogen. Die Broschüre richtet sich an die interessierte Öffentlichkeit sowie an Politik und Wissenschaft. Sie bietet einen kompakten Überblick über Strukturen und aktuelle Entwicklungen innerhalb der deutschen Schullandschaft. Anhand von Kennzahlen werden die wesentlichen Leistungsmerkmale im Schulbereich zwischen den Bundesländern, den ausgewählten Schularten, den Klassenstufen und Bildungsbereichen vergleichbar gemacht. Im Fokus dieser erstmaligen Veröffentlichung stehen Ergebnisse aus dem Schuljahr 2010/2011 sowie der Zehnjahresvergleich zu Ergebnissen aus dem Schuljahr 2000/2001.

Die vorliegende Veröffentlichung bezieht sich ausschließlich auf Daten der amtlichen Schulstatistik. Ausführliche Tabellen zu schulstatistischen Kennzahlen können unter www.destatis.de abgerufen werden. Die im Internet angebotenen Publikationen enthalten ausführliche Definitionen sowie weiterführende Hinweise.

1 Bildungsbeteiligung und Schuleintritt

Anteil der 5- bis 20-Jährigen an allgemeinbildenden Schulen 2010
in %



1.1 Bildungsbeteiligung an allgemeinbildenden Schulen

Die Kennzahl gibt den Anteil der Schülerinnen und Schüler an der Bevölkerung wieder, die eine allgemeinbildende Schule besuchen. Sie gibt Auskunft über die aktuelle Bildungsbeteiligung. Zu der Bevölkerung im schultypischen Alter zählen die 5- bis 20-Jährigen.

Sieben von Zehn im schultypischen Alter gehen zur Schule

Rund 12,7 Mio. Menschen zwischen 5 und 20 Jahren lebten im Jahr 2010 in Deutschland, 51 % davon waren männlich und 49 % weiblich. Im Schuljahr 2010/2011 besuchten 69 % davon eine allgemeinbildende Schule.

Mit 5 Jahren waren lediglich 0,4 % der Kinder an einer allgemeinbildenden Schule angemeldet, mit 6 Jahren besuchten bereits 61 % eine Schule. Die Bildungsbeteiligung der 7 bis unter 15 Jahre alten Bevölkerung lag bei annähernd 100 %. Da mit einem Alter ab 15 Jahren erste Schulabschlüsse erreicht werden können und die Vollzeitschulpflicht endet, nimmt der Anteil Jugendlicher, die noch eine allgemeinbildende Schule besuchen, im Verhältnis zur gesamten Bevölkerung dieser

Altersgruppe langsam ab. Mit 15 Jahren waren 95% auf einer Schule, mit 16 Jahren besuchten nur noch 75% dieser Altersklasse eine allgemeinbildende Schule. Bei den 17-Jährigen waren es mit 48% und bei den 18-Jährigen mit 33% deutlich weniger Schulbesucherinnen und Schulbesucher. Nur noch 3% der 20-Jährigen gingen auf eine allgemeinbildende Schule.

G8 wirkt sich auf Altersstruktur aus

Bei der Bildungsbeteiligung an allgemeinbildenden Schulen spiegeln sich beim Bundesländervergleich Unterschiede in den Schulstrukturen und dem Bildungsverhalten der Schülerinnen und Schüler wider. In einigen Bundesländern wechseln Schülerinnen und Schüler relativ frühzeitig an berufliche Schulen, um dort einen allgemeinbildenden Schulabschluss zu erlangen.

Beim Bundesländervergleich wird deutlich, dass sich die Umstellung auf das G8-Gymnasium auf die Durchschnittswerte der Bundesländer auswirkt. So waren im Jahr 2010 im Saarland, in Sachsen und in Sachsen-Anhalt 64%, in Mecklenburg-Vorpommern sowie in Thüringen 66% der 5- bis 20-Jährigen auf einer allgemeinbildenden Schule. Da diese Länder bereits komplett auf das 8-jährige Gymnasium umgestellt haben, sind hier die Anteile der 19- bis 20-jährigen

Schulbevölkerung niedrig. Zwischen 1,5% und 3,3% der 19- bis 20-Jährigen waren in diesen genannten Bundesländern 2010 auf einer allgemeinbildenden Schule (Bundesdurchschnitt 9,8%).

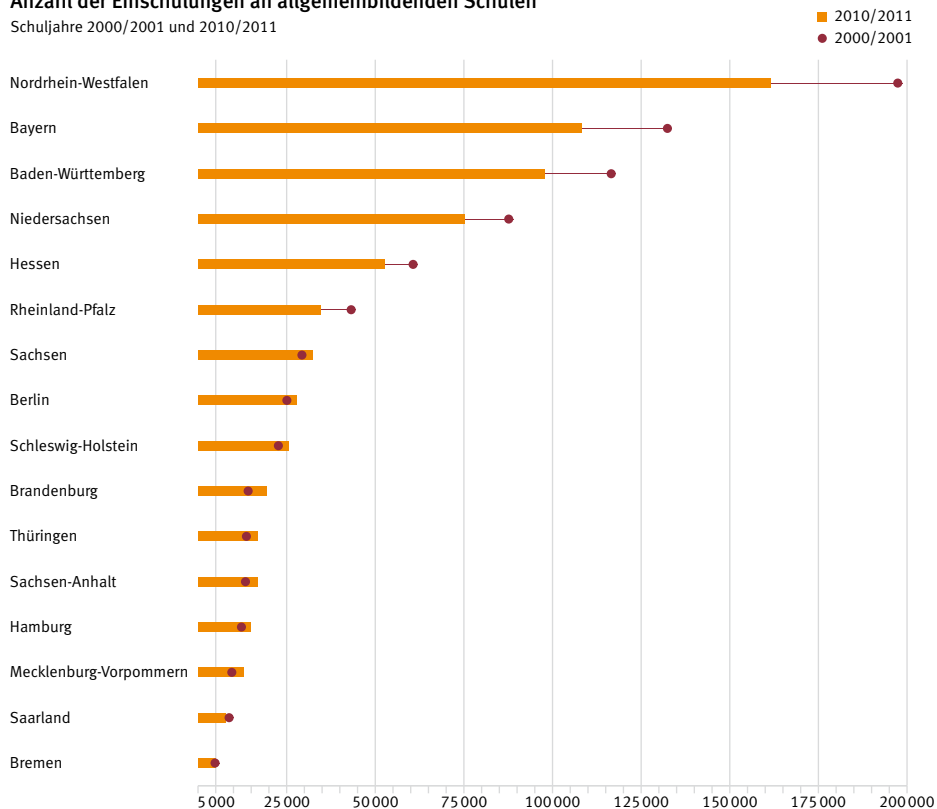
Die höchsten Anteile an Schulbesucherinnen und Schulbesuchern zwischen 5 und 20 Jahren erreichten Berlin mit 72%, Nordrhein-Westfalen mit 71% sowie Bremen und Brandenburg mit 70%.



1 Bildungsbeteiligung und Schuleintritt

Anzahl der Einschulungen an allgemeinbildenden Schulen

Schuljahre 2000/2001 und 2010/2011



1.2 Einschulungen

Die Kennzahl zeigt, wie viele Kinder in Deutschland eingeschult werden. Diese wird sowohl von der Bevölkerungsstruktur und -entwicklung als auch von länderspezifischen Regelungen zur Einschulung, wie beispielsweise dem Einschulungstichtag, beeinflusst. Die Kennzahl gibt Auskunft darüber, wie sich die Bildungsbeteiligung in den nächsten Jahren entwickeln wird. Für die kommunale Ebene ist es wichtig zu wissen, wie viele Kinder im Primarbereich eingeschult werden, um für ein ausreichendes Platzangebot zu sorgen. Des Weiteren ist der Anteil der frühzeitig oder verspätet eingeschulten Kinder von Interesse, da dies Auswirkungen auf die Verweildauer in Kindertageseinrichtungen und deren Auslastung hat.

13 % weniger Einschulungen als vor zehn Jahren

Im Schuljahr 2010/2011 wurden in Deutschland rund 707 500 Kinder in die 1. Klassenstufe eingeschult. Im Vergleich zum Schuljahr 2000/2001 wurden rund 104 500 Kinder weniger eingeschult. Der Rückgang der Schülerzahlen ist auf die demografische Entwicklung zurückzuführen.

Leichter Anstieg im Osten

Diese rückläufige Entwicklung ist vor allem seit 2004 in den westlichen Bundesländern zu beobachten. Im Vergleich zum Schuljahr 2000/2001 wurden im Schuljahr 2010/2011 im Saarland 29% und in Rheinland-Pfalz 23% weniger Schülerinnen und Schüler eingeschult. Die großen Flächenländer Baden-Württemberg und Bayern sowie Nordrhein-Westfalen hatten Rückgänge von 17% bis 19%.

In den ostdeutschen Bundesländern stiegen die Einschulungszahlen im Zehnjahresvergleich an. So konnten im Schuljahr 2010/2011 in Sachsen 35%, in Brandenburg 32%, in Mecklenburg-Vorpommern 27% und in Thüringen 24% mehr Kinder eingeschult werden als im Schuljahr

2000/2001. Hier waren die Einschulungen in den 1990er Jahren auf Grund des Geburtenrückganges in Folge der Wiedervereinigung drastisch zurückgegangen, so dass sie sich im Schuljahr 2000/2001 bereits auf niedrigstem Niveau bewegten.

Vier von Hundert werden in Förderschulen eingeschult

Im Schuljahr 2010/2011 wurden deutschlandweit 95,2% der Erstklässler in Grundschulen, 3,4% in Förderschulen, 0,8% in Freie Waldorfschulen und 0,5% in Integrierte Gesamtschulen eingeschult. Diese Verteilung ist auch dadurch bedingt, dass die Schularten mit Ausnahme der Grundschule nicht in allen Bundesländern vertreten sind.

Mädchen häufiger vorzeitig eingeschult

Die Einschulung erfolgte bei 87% der Erstklässler im Schuljahr 2010/2011 fristgemäß, 8% der Kinder wurde verspätet und 5% vorzeitig eingeschult. 0,6% der Einschulungen entfallen auf Geistigbehinderte. Unter den verspäteten Einschulungen werden Kinder nachgewiesen, die bereits im Vorjahr schulpflichtig waren, aber noch mindestens ein Jahr zurückgestellt wurden. Von ihnen waren 62% Jungen. Dagegen waren 60% der vorzeitig eingeschulten Kinder Mädchen.

Einschulungen

Schuljahr 2010/2011

Einschulungsarten	Anzahl	in %	
		♂	♀
Insgesamt	707 458	51,5	48,5
Darunter:			
Vorzeitige	31 895	40,3	59,7
Fristgemäße	617 787	51,2	48,8
Verspätete	52 727	61,9	38,1



2 Schulzeit

Veränderung der Anzahl der Schülerinnen und Schüler im Primarbereich und im Sekundarbereich I

Schuljahre 2000/2001 und 2010/2011, in %, 2000/2001 = 100



2.1 Schülerinnen und Schüler nach Bildungsbereichen

Die Kennzahl gibt Auskunft über die Verteilung der Schülerinnen und Schüler auf die verschiedenen Bildungsbereiche. Bei der Berechnung werden die Anzahl der Schülerinnen und Schüler des jeweiligen Bildungsbereichs ins Verhältnis zur Anzahl der Schülerinnen und Schüler insgesamt gesetzt.

Die Kennzahl ist daher für Kapazitätsplanungen und für die Verteilung der Mittel zwischen den Bildungsbereichen von Bedeutung.

Rund die Hälfte der Schülerinnen und Schüler besucht die Sekundarstufe I

Im Schuljahr 2010/2011 besuchten in Deutschland knapp 8,8 Millionen Schülerinnen und Schüler eine allgemeinbildende Schule. 33 % von ihnen gingen auf eine Schule des Primarbereichs. 50 % aller Schülerinnen und Schüler besuchte den Sekundarbereich I, der Anteil der Schülerinnen und Schüler im Sekundarbereich II lag bei 12 %.

Differenziert man dieses Ergebnis nach Bundesländern, wird deutlich, dass der Anteil der Schülerinnen und Schüler in den neuen Ländern im Primarbereich teilweise deutlich über dem

Bundesdurchschnitt liegt, in Sachsen um knapp sieben Prozentpunkte. In allen übrigen Bundesländern mit Ausnahme Schleswig-Holsteins liegt der entsprechende Anteil unter dem gesamtdeutschen Durchschnitt. Dagegen besuchen in den neuen Bundesländern anteilig weniger Schülerinnen und Schüler die Sekundarstufe I.

Neue Länder:

Rückgang im Sekundarbereich I

Im Zeitverlauf wird deutlich, dass sich diese Beobachtung primär durch den starken Rückgang der Schülerinnen und Schüler im Sekundarbereich I in den neuen Bundesländern erklären lässt: Vor dem Hintergrund des Geburtenrückgangs nach der Wiedervereinigung hat sich ihre Anzahl im

Vergleich zum Schuljahr 2000/2001 mehr als halbiert. Nach dem starken Rückgang der Anzahl der Schülerinnen und Schüler im Primarbereich in den neuen Bundesländern Ende der neunziger Jahre, hat ihre Zahl in den vergangenen zehn Jahren kaum weiter abgenommen. In Brandenburg, Sachsen und Thüringen ist sie sogar leicht angestiegen. In Westdeutschland ist demgegenüber die Anzahl der Schülerinnen und Schüler im Primarbereich durchweg stärker zurückgegangen als im Sekundarbereich I. Im Sekundarbereich I blieb die Anzahl der Schülerinnen und Schüler in den alten Bundesländern mit Ausnahme von Bremen, Nordrhein-Westfalen und dem Saarland relativ konstant. In Schleswig-Holstein gab es im aktuellen Schuljahr sogar mehr Schülerinnen und

Schüler als zehn Jahre zuvor. Beim Bundesländervergleich ist auch zu berücksichtigen, dass mit der Einführung von G8 die Sekundarstufe I im Gymnasium nur die Klassenstufen 5 bis 9 umfasst.

Schülerinnen und Schüler nach ausgewählten Bildungsbereichen an allgemeinbildenden Schulen

2010/2011

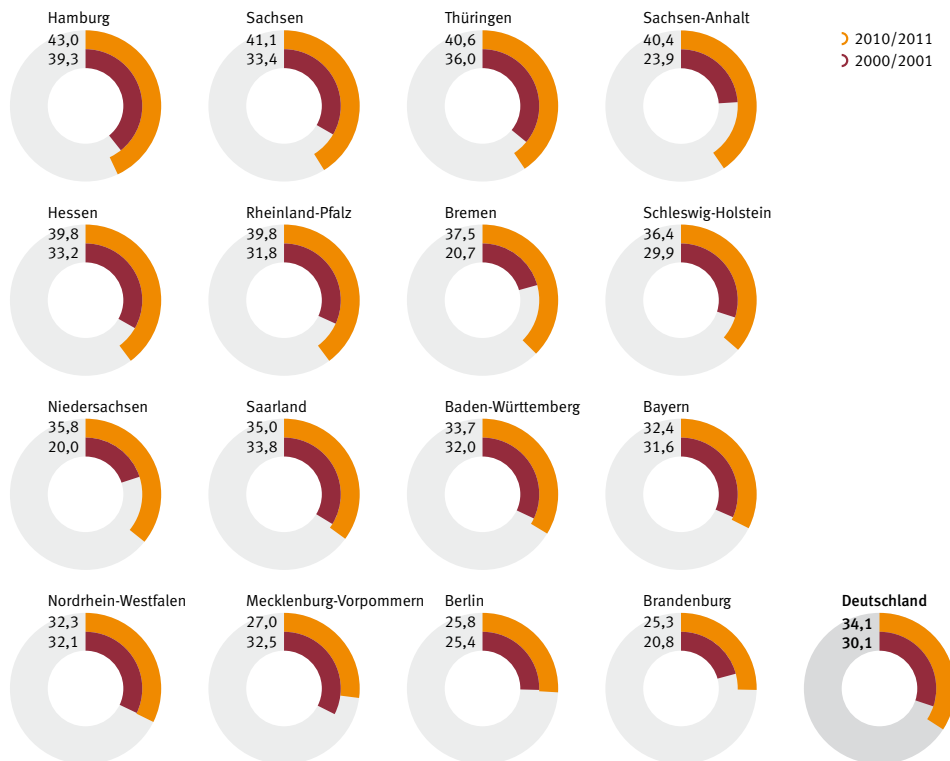
Bildungsbereich	Anzahl der Schülerinnen und Schüler	Anteil in %
Insgesamt	8 796 894	100
Darunter:		
Primarbereich	2 877 061	32,7
Sekundarbereich I	4 420 689	50,3
Sekundarbereich II	1 092 489	12,4



2 Schulzeit

Schülerinnen und Schüler in Gymnasien

Sekundarstufe I, Schuljahre 2000/2001 und 2010/2011, in %



2.2 Schülerinnen und Schüler nach Schularten im Sekundarbereich I

Die Kennzahl gibt Auskunft über die Verteilung der Schülerinnen und Schüler auf die verschiedenen Schularten im Sekundarbereich I. Bei der Berechnung wird die Anzahl der Schülerinnen und Schüler der jeweiligen Schulart ins Verhältnis zur Anzahl der Schülerinnen und Schüler im Sekundarbereich I insgesamt gesetzt.

Die Kennzahl gibt einerseits Auskunft über die Bildungsbeteiligung an den verschiedenen Schularten, andererseits bietet sie Hinweise im Hinblick auf das angestrebte höhere Bildungsniveau der Bevölkerung.

Mehr als ein Drittel der Schülerinnen und Schüler in der Sekundarstufe I besucht Gymnasien

Im Schuljahr 2010/2011 wurden in Deutschland rund 4,4 Millionen Schülerinnen und Schüler in der Sekundarstufe I unterrichtet. 34 % von ihnen besuchten ein Gymnasium. Demgegenüber lagen der Anteil der Realschülerinnen und Realschüler bei 26 % und derjenige der Hauptschülerinnen und Hauptschüler bei 16 %. 11 % der Schülerschaft der Sekundarstufe I besuchte eine Integrier-

te Gesamtschule, 8 % Schularten mit mehreren Bildungsgängen. Die Schulartunabhängige Orientierungsstufe wurde von 3 % der Schülerinnen und Schüler besucht, 1 % der Schülerschaft der Sekundarstufe I gingen in eine Freie Waldorfschule.

Damit hat sich der Anteil der Schülerschaft an Gymnasien im Verlauf der letzten zehn Jahre um über vier Prozentpunkte erhöht. Demgegenüber ging der Anteilswert für die Hauptschulen im Zeitverlauf um knapp fünf Prozentpunkte zurück, so dass im Schuljahr 2010/2011 im Vergleich zu den Hauptschulen mehr als doppelt so viele Schülerinnen und Schüler ein Gymnasium besuchten. Deutlich angestiegen ist der Anteil der Schülerinnen und Schüler an Realschulen und an Integrierten Gesamtschulen bzw. Schulen mit mehreren Bildungsgängen. Deutlich zurück ging der Anteilswert der Schülerinnen und Schüler, die eine Schulartunabhängige Orientierungsstufe besuchten. Hintergrund dieser Entwicklung ist insbesondere die Abschaffung derselben in Bremen, Niedersachsen und Sachsen-Anhalt.

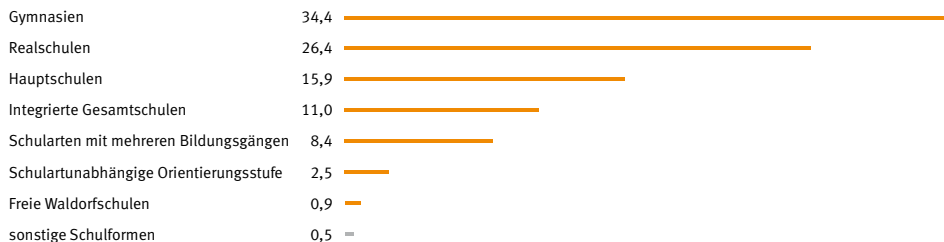
Immer mehr Gymnasiastinnen und Gymnasiasten in fast allen Bundesländern

Der bei gesamtdeutscher Betrachtung erkennbare Trend eines steigenden Anteils von Schülerinnen und Schülern, die ein Gymnasium besuchten,

ließ sich für alle Bundesländer mit Ausnahme von Mecklenburg-Vorpommern feststellen, wobei in Mecklenburg-Vorpommern der Anteil an Gymnasiastinnen und Gymnasiasten seit dem Schuljahr 2008/2009 wieder anstieg. Ein besonders deutlicher Anstieg zeigte sich insbesondere in Bundesländern, in denen die Schulartunabhängige Orientierungsstufe in den letzten zehn Jahren abgeschafft wurde.

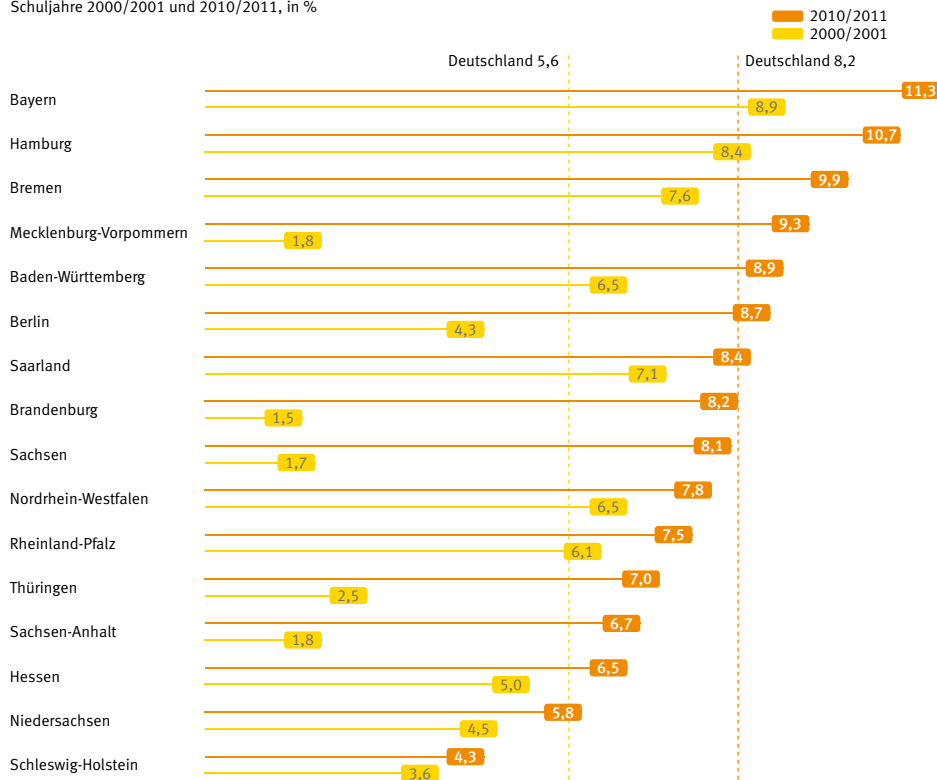


Schülerinnen und Schüler an allgemeinbildenden Schulen 2010/2011
Sekundarstufe I, in %



Anteil von Schülerinnen und Schülern an allgemeinbildenden privaten Schulen

Schuljahre 2000/2001 und 2010/2011, in %



2.3 Schülerinnen und Schüler in privaten und öffentlichen Schulen

Die Kennzahl stellt insgesamt sowie für einzelne Schularten dar, wie hoch jeweils der Anteil der Schülerinnen bzw. Schüler ist, die eine Schule in privater Trägerschaft besuchen. Sie zeigt somit die relative Bedeutung von öffentlichen und privaten Schulen in den einzelnen Ländern und Schularten. Öffentliche Schulen befinden sich üblicherweise in der Trägerschaft der Länder und Kommunen. Diese müssen ein wohnortnahes Bildungsangebot sichern. Private Schulen haben einen Anspruch auf öffentliche Finanzierungszuschüsse. Die Gründung einer Privatschule, aber auch ihr individueller Besuch, kann dabei aus sehr unterschiedlichen Motivationen erfolgen. Neben konfessionellen oder weltanschaulichen Prägungen können auch Mehrsprachigkeit, internationale Abschlüsse oder der Erhalt eines Schulangebots im Mittelpunkt stehen.

Privatschulen immer beliebter

Im Schuljahr 2010/2011 besuchten in Deutschland etwa 719 700 Schülerinnen und Schüler eine private Schule, das waren 8 % der gesamten

Schülerschaft. Etwa 8 077 200 Schülerinnen und Schüler besuchten eine öffentliche Schule. Besonders hoch war der Anteil der Schülerschaft an privaten Einrichtungen bei den Förderschulen mit 19%. Auch an Gymnasien (11%) und Realschulen (10%) war der jeweilige Anteil überdurchschnittlich hoch. Deutlich geringer waren die Anteile von Schülerinnen und Schülern an privaten Schulen in der Schulartunabhängigen Orientierungsstufe mit 6%, an Integrierten Gesamtschulen mit 5%, an Schularten mit mehreren Bildungsgängen mit 4% sowie an Hauptschulen mit 4%. Im Grundschulbereich war der Besuch einer privaten Einrichtung mit 3% am geringsten.

Für alle genannten Schulformen gilt, dass sich der Anteil der Schülerinnen und Schüler, die eine private Einrichtung besuchen, im Vergleich zum Schuljahr 2000/2001 erhöht hat. Besonders stark war der entsprechende Anstieg bei Schularten mit mehreren Bildungsgängen (von 0,5% auf 4,4%).

Besonders hoher Anstieg in Ostdeutschland

Auf der Ebene der Bundesländer war der Anteil der Schülerschaft an privaten Schulen in Bayern mit 11% am höchsten. Auch in Hamburg lag mit fast 11% und Bremen mit 10% der entsprechende Anteil deutlich über dem Bundesdurchschnitt. Die geringsten Anteile wiesen Niedersachsen

mit 6% und Schleswig-Holstein mit 4% auf. Dabei ist der Anteil der Schülerinnen und Schüler an privaten Schulen in den vergangenen zehn Jahren in allen Bundesländern angestiegen. Ein deutlicher Anstieg war insbesondere in den

neuen Bundesländern zu verzeichnen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass es in den ostdeutschen Flächenländern im Schuljahr 2000/2001 nur wenige Privatschulen gab. So stieg ihr Anteil in Mecklenburg-Vorpommern von 2% auf 9%.





2.4 Schülerinnen und Schüler nach Geschlecht

Die Kennzahl gibt Auskunft über die geschlechtsspezifische Bildungsbeteiligung an allgemeinbildenden Schulen. Bei der Berechnung wird die Anzahl der Schülerinnen und Schüler des jeweiligen Bildungsbereichs bzw. der jeweiligen Schulart ins Verhältnis zur jeweiligen Gesamtzahl gesetzt. Der Indikator zeigt, inwieweit geschlechtsspezifische Unterschiede bei der Teilnahme an den allgemeinbildenden Bildungsprogrammen bestehen.

Mädchen streben häufiger einen höheren Schulabschluss an

Von den knapp 8,8 Millionen Schülerinnen und Schülern im Schuljahr 2010/2011 waren 51 % Jungen und 49 % Mädchen. Exakt dieses Verhältnis spiegelt sich auch im Hinblick auf die jeweiligen geschlechtsspezifischen Anteile an den Schulen des Primarbereichs und des Sekundarbereichs I wider. An Schulen der Sekundarstufe II bestand die Schülerschaft demgegenüber zu 54 % aus Mädchen und nur zu 46 % aus Jungen. Jungen besuchten deutlich häufiger eine Förderschule. 64 % der Schülerschaft an Förderschulen waren Jungen, nur 36 % Mädchen.

Dass Mädchen überdurchschnittlich oft Schulen besuchen, die auf einen höheren Schulabschluss hinführen, wird auch deutlich, wenn man innerhalb des Sekundarbereichs I die einzelnen Schularten hinsichtlich der Geschlechterverteilung ihrer Schülerschaft in den Blick nimmt. Insbesondere Hauptschulen wiesen im Schuljahr 2010/2011 einen überdurchschnittlichen Anteil an Schülern auf (56 %), auch an Schulen mit mehreren Bildungsgängen sind Jungen überdurchschnittlich häufig vertreten (53 %). Bei der Schulartunabhängigen Orientierungsstufe (51 %), den Integrierten Gesamtschulen (51 %) und den Realschulen (51 %) stimmte der Anteil der Schüler an diesen Schularten in etwa mit demjenigen Anteil für die Sekundarstufe I (51 %) insgesamt überein. Unterrepräsentiert waren Jungen in der Sekundarstufe I hingegen an Gymnasien sowie an Freien Waldorfschulen mit 48 %.

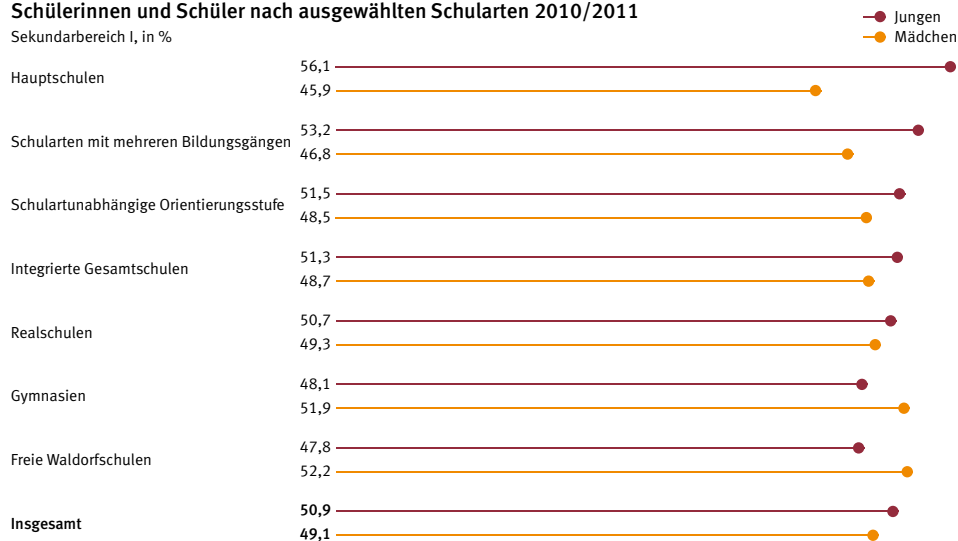
In allen Bundesländern: Mehr Mädchen an Gymnasien

Der überdurchschnittliche Anteil von Schülerinnen in der Sekundarstufe I an Gymnasien ist in allen Bundesländern festzustellen. Nur in drei Bundesländern wich der Anteil der Mädchen an Gymnasien dabei um mehr als einen Prozentpunkt vom bundesdeutschen Durchschnitt (53 %) ab. In

Bayern und Bremen lag der Anteil mit fast 52 % bzw. 51 % unterhalb des Durchschnittswertes, am deutlichsten überrepräsentiert waren Mädchen an den Gymnasien in Brandenburg mit einem Anteil von 54 %.

Schülerinnen und Schüler nach ausgewählten Schularten 2010/2011

Sekundarbereich I, in %



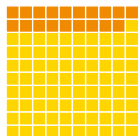
2 Schulzeit

Ausländische Schülerinnen und Schüler nach ausgewählten Schularten 2010/2011

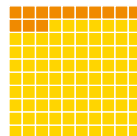
Sekundarbereich I und II, in %

Sekundarstufe I

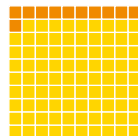
Hauptschulen



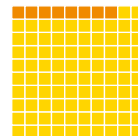
Integrierte
Gesamtschulen



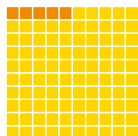
Schulartunabhängige
Orientierungsstufe



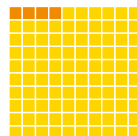
Realschulen



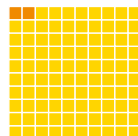
Schularten mit mehreren
Bildungsgängen



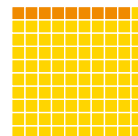
Gymnasien



Freie Waldorfschulen

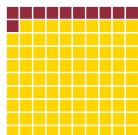


Insgesamt

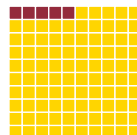


Sekundarstufe II

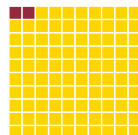
Integrierte
Gesamtschulen



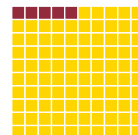
Gymnasien



Freie Waldorfschulen



Insgesamt



Ein Quadrat entspricht einem Prozent.

2.5 Schülerinnen und Schüler nach Staatsangehörigkeit

Eine qualifizierte Ausbildung ist im Hinblick auf die Integration von Personen mit Migrationshintergrund von zentraler Bedeutung. Die Schulstatistik stellt jedoch auf Bundesebene nur Daten zu Schülerinnen und Schülern mit ausländischer Staatsbürgerschaft bereit. Von Interesse ist daher, inwieweit Unterschiede zwischen nichtdeutschen und deutschen Schülerinnen und Schülern bestehen. Die Kennzahl gibt sowohl Aufschluss über die Bildungsbeteiligung, als auch über die angestrebten Bildungsabschlüsse an allgemeinbildenden Schulen.

Seit dem 1. Januar 2000 erwirbt ein Kind ausländischer Eltern die deutsche Staatsangehörigkeit bei Geburt, wenn ein Elternteil seinen gewöhnlichen rechtmäßigen Aufenthalt seit acht Jahren in Deutschland hat und eine Aufenthaltsberechtigung oder seit drei Jahren eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis besitzt. Bis zur Volljährigkeit besteht eine doppelte Staatsbürgerschaft, anschließend muss sich eine Person für eine Staatsbürgerschaft entscheiden. In Schulstatistik und Bevölkerungsstatistik werden Menschen mit doppelter Staatsangehörigkeit in der Regel als Deutsche nachgewiesen. Vor dem Hintergrund

dieser Neuregelung ist der Anteil der ausländischen Schülerschaft im Primarbereich deutlich zurückgegangen, eine ähnliche Entwicklung ist in den nächsten Jahren auch im Sekundarbereich zu erwarten.

Anteil ausländischer Schülerinnen und Schüler an Hauptschulen bei 19%

Im Jahr 2010 hatten laut Mikrozensus in Deutschland 29% der 6- bis unter 20-Jährigen einen Migrationshintergrund. 9% hatten eine ausländische Staatsbürgerschaft, bei den 10- bis unter 20-Jährigen rund 10%. Im Schuljahr 2010/2011 wurden in Deutschland 727 000 ausländische Schülerinnen und Schüler an allgemeinbildenden Schulen unterrichtet, ein Anteil von 8% an allen Schülerinnen und Schülern. Der Anteil nichtdeutscher Schülerinnen und Schüler lag im Sekundarbereich I mit 9% etwas höher. Deutlich unterrepräsentiert waren ausländische Schülerinnen und Schüler hingegen mit einem Anteil von nur 5% in Schulen des Sekundarbereichs II.

Der unterdurchschnittliche Anteil ausländischer Schülerinnen und Schüler an Schulen, die auf einen höheren Schulabschluss hinführen, zeigt sich auch bei der Betrachtung der einzelnen Schularten innerhalb des Sekundarbereichs I.

An den Gymnasien betrug der Anteil ausländischer Schülerinnen und Schüler nur 4%. An Realschulen besaßen 8% der Schülerschaft nicht die deutsche Staatsangehörigkeit, in Schulen der Schulartunabhängigen Orientierungsstufe 11%. Den größten Anteil an ausländischen Schülerinnen und Schülern wiesen Integrierte Gesamtschulen mit 13% und Hauptschulen mit 19% auf.

Nur leichter Anstieg an Gymnasien

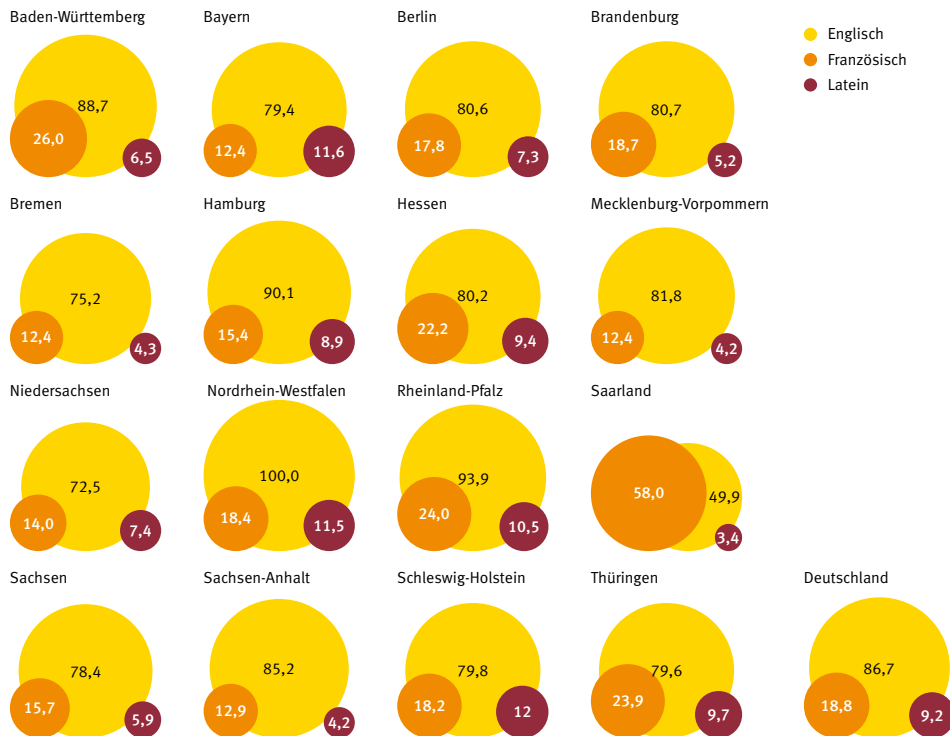
Die ungünstigere Position der ausländischen Schülerinnen und Schüler im Bildungssystem hat sich dabei im Verlauf der zurückliegenden zehn Jahre nur geringfügig verändert. So ist ihr Anteil an Gymnasien im zurückliegenden Jahrzehnt auf einem insgesamt niedrigen Niveau nur leicht angestiegen, im Sekundarbereich I von 3,9% auf 4,3%, im Sekundarbereich II von 4,0% auf 4,5%. Der Anteil von Schülerinnen und Schülern ohne deutsche Staatsangehörigkeit an der Schülerschaft der Hauptschulen hat sich im Vergleich zum Schuljahr 2000/2001 um über zwei Prozentpunkte vergrößert.



2 Schulzeit

Anteil der Schülerinnen und Schüler, die eine ausgewählte Fremdsprache erlernen

Schuljahr 2010/2011, in %



2.6 Schülerinnen und Schüler nach erlernten Fremdsprachen

Die Kennzahl stellt für die Schulen insgesamt sowie für einzelne Schularten dar, wie hoch jeweils der Anteil der Schülerinnen bzw. Schüler ist, die eine bestimmte Fremdsprache erlernen. Der Fremdsprachenerwerb in einer globalisierten Wissensgesellschaft ist von großer Bedeutung. Der Indikator gibt Auskunft darüber, wie viele Schülerinnen und Schüler Kenntnisse in Fremdsprachen erlangen. Darüber hinaus ist es möglich, in einem Vergleich der Fremdsprachen untereinander die Bedeutung der jeweiligen Sprache (im Zeitverlauf) an den allgemeinbildenden Schulen einzuordnen.

Erwerb von Fremdsprachen nimmt zu

Im Schuljahr 2010/2011 lernten in Deutschland über 7,6 Millionen Schülerinnen und Schüler Englisch. Damit war Englisch mit großem Abstand die am häufigsten erlernte Sprache. 87 % der Schülerinnen und Schüler an allgemeinbildenden Schulen lernten Englisch. Mit Ausnahme der Grundschulen und der Förderschulen lag der entsprechende Anteil in allen Schulformen über 95%. Knapp 1,65 Millionen Schülerinnen und Schüler und damit 19% erhielten Französisch-

terrichtet. 9% der Schülerinnen und Schüler, rund 807 800 junge Menschen, lernten Latein. 362 300 Schülerinnen und Schüler erlernten die spanische Sprache, das sind 4%. Da ein großer Teil der Schülerinnen und Schüler mehrere Fremdsprachen erlernte, kann der Anteil der Personen ohne Teilnahme am Fremdsprachenunterricht nicht ermittelt werden.

Im Vergleich zum Schuljahr 2000/2001 gilt für alle vier genannten Fremdsprachen, dass trotz sinkender Schülerzahlen sowohl der Anteil der Schülerinnen und Schüler, die eine Sprache erlernen, gestiegen ist, als auch die absolute Anzahl. Für die englische Sprache ist dies in erster Linie darauf zurückzuführen, dass mehr Grundschülerinnen und Grundschüler Englisch lernen. Ihre Anzahl hat in zehn Jahren von rund 511 000 auf knapp 1,9 Millionen zugenommen.

Französisch am häufigsten erlernte Fremdsprache im Saarland

Vergleicht man die Bedeutung einzelner Fremdsprachen über die Bundesländer hinweg, zeigt sich, dass Englisch im Schuljahr 2010/2011 in 15 Bundesländern die mit großem Abstand am häufigsten erlernte Fremdsprache war. Eine Ausnahme bildete das Saarland, hier lernten 58% der Schülerinnen und Schüler Französisch. Der Anteil

der Schülerinnen und Schüler mit Französischunterricht war in den an Frankreich angrenzenden Bundesländern (Saarland, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg) am höchsten. Besonders niedrig waren die entsprechenden Anteile in Bayern, Bremen und Mecklenburg-Vorpommern (jeweils 12%). In Bayern lag dieser Anteil damit

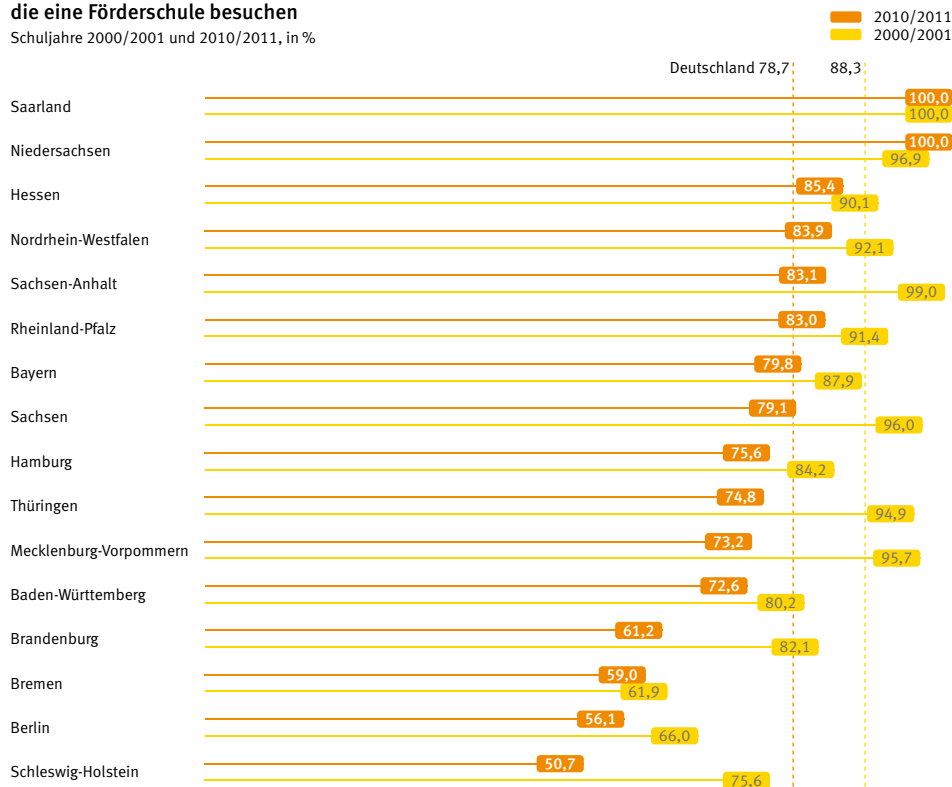
nur leicht über dem Anteil der Schülerinnen und Schüler, die Latein lernten (12%). Auch in Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein lag der Anteil der Schülerinnen und Schüler, die Latein lernten bei über 10%. Besonders gering war dieser Anteil dagegen im Saarland mit 3%.



2 Schulzeit

Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf, die eine Förderschule besuchen

Schuljahre 2000/2001 und 2010/2011, in %



2.7 Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf

Von einem sonderpädagogischen Förderbedarf wird ausgegangen, wenn Kinder und Jugendliche in ihren Entwicklungs- und Lernmöglichkeiten so beeinträchtigt sind, dass sie für ein erfolgreiches schulisches Lernen auf eine sonderpädagogische Förderung angewiesen sind. Es kann zwischen einem integrativen Unterricht dieser Schülerinnen und Schüler an allgemeinen Schulen und einem Unterricht an Förderschulen unterschieden werden. Die Kennzahl stellt die Verteilung der Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf auf die verschiedenen Schularten dar.

Mehr sonderpädagogischer Förderbedarf an allgemeinbildenden Schulen

Im Schuljahr 2010/2011 wurde in Deutschland bei rund 480 000 Schülerinnen und Schülern von einem sonderpädagogischen Förderbedarf ausgegangen, das waren 5 % der gesamten Schüler. Knapp 378 000 Schülerinnen und Schüler besuchten eine Förderschule. Rund 102 100 Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbe-

darf wurden an den übrigen allgemeinbildenden Schulformen unterrichtet.

Der Anteil der Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf fiel im Schuljahr 2010/2011 in der Schulartunabhängigen Orientierungsstufe mit 4,1 % und in den Hauptschulen mit 2,4 % relativ hoch aus. Im Vergleich zum Schuljahr 2000/2001 zeigt sich für alle Schulformen mit Ausnahme der Förderschulen ein – auf niedrigem Niveau – deutlicher Anstieg des Anteils der Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf an der Gesamtschülerschaft.

Unterschiedliche Entwicklung in den einzelnen Bundesländern

Im Schuljahr 2010/2011 wurden 79 % der Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf an Förderschulen unterrichtet, im Schuljahr 2000/2001 betrug der entsprechende Anteil noch 88 %. In Folge der durch die Inklusionsdebatte eingeleiteten Maßnahmen wird der Anteil der Förderschule weiter zurückgehen. Sowohl der entsprechende Anteil im Schuljahr 2010/2011 als auch die zeitliche Entwicklung war in den einzelnen Bundesländern dabei sehr unterschiedlich. Zu berücksichtigen ist hierbei, dass in den Bundesländern unterschiedliche Kriterien und Verfahren bestehen, nach denen ein sonderpäd-

agogischer Förderbedarf bestimmt wird. Darüber hinaus existieren in unterschiedlichem Umfang Förderangebote an allgemeinbildenden Schulen auf Länderebene und unterschiedliche rechtliche Regelungen. Im Zehnjahresvergleich ist beispielsweise in Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Schleswig-Holstein und Thüringen der Anteil der Schülerinnen und Schüler, die an Förderschulen

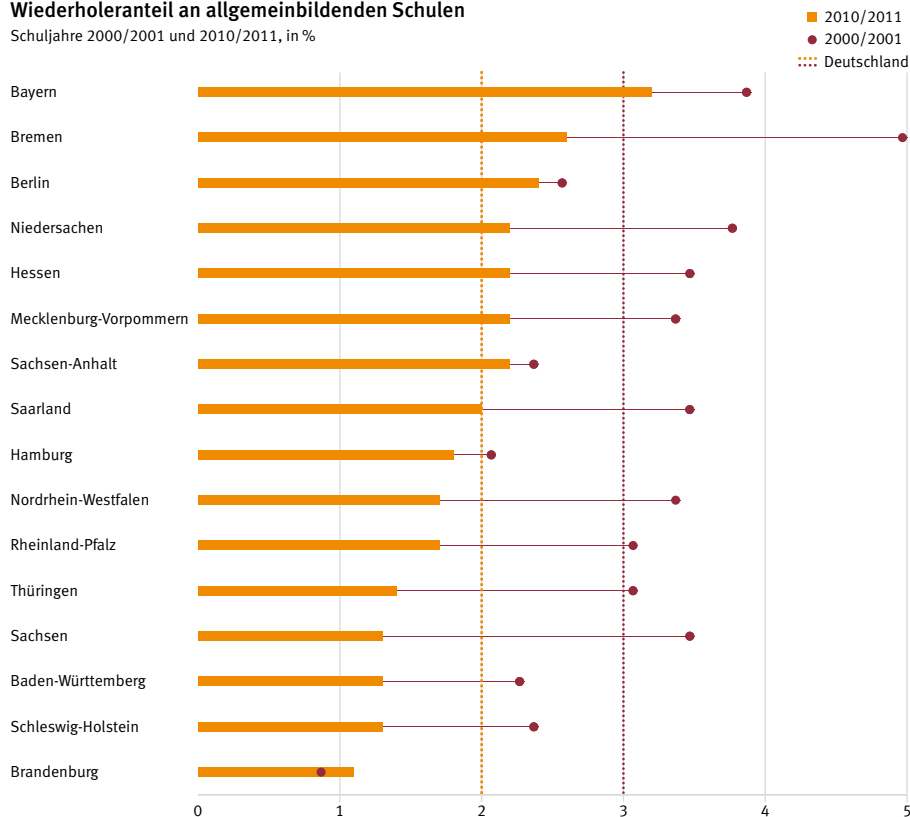
unterrichtet wird, um mehr als 20 Prozentpunkte zurückgegangen, im Saarland liegt er unverändert bei 100 %. Für die Mehrzahl der Bundesländer ist indes ein Rückgang des entsprechenden Anteils zu konstatieren. Angestiegen ist der Anteil der Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf, die an Förderschulen unterrichtet werden, lediglich in Niedersachsen.



3 Schulerfolg

Wiederholeranteil an allgemeinbildenden Schulen

Schuljahre 2000/2001 und 2010/2011, in %



3.1 Wiederholeranteil

Die Kennzahl gibt Auskunft über denjenigen Anteil der Schülerinnen und Schüler, die eine Klassenstufe zum zweiten Mal durchlaufen. Ist das Wiederholen mit einem Schulwechsel verbunden, werden die Schülerinnen und Schüler bei der aufnehmenden Schule gezählt. Bei der Berechnung wird die Anzahl der Klassenwiederholungen ins Verhältnis zur Anzahl der Schülerinnen und Schüler gesetzt.

Klassenwiederholungen können die Motivation von Schülerinnen und Schülern positiv aber auch negativ beeinflussen. Ungeachtet dessen führen Klassenwiederholungen zu erheblichen Mehraufwendungen im Bildungsbereich. Die Kosten, die vorbeugende Maßnahmen zur Vermeidung von Klassenwiederholungen verursachen, gelten als wesentlich niedriger als die, die dadurch entstehen, dass Schülerinnen und Schüler ein weiteres Jahr zur Schule gehen.

2% der Schülerinnen und Schüler wiederholen eine Klasse

Insgesamt 163 400 Schülerinnen und Schüler wiederholten im Schuljahr 2010/2011 eine Klasse. Klassenwiederholungen waren im Vergleich nach

Geschlecht bei Schülern häufiger. 2,3 % der Schüler gegenüber 1,6 % der Schülerinnen wiederholten ein Schuljahr. Im Bundesdurchschnitt lag im Schuljahr 2010/2011 der Anteil der Klassenwiederholungen bei 2 %.

Weniger „Ehrenrunden“ als vor zehn Jahren

In allen Bundesländern außer Brandenburg ist der Wiederholeranteil in den letzten zehn Jahren zurück gegangen. Dies ist zum Teil auch auf geänderte schulrechtliche Regelungen, zum Beispiel durch Verzicht auf Benotung oder Nichtversetzung in der ersten Klasse zurückzuführen. Bei diesem Vergleich wurden Wiederholungen an Grundschulen, der Schulartunabhängigen Orientierungsstufe, Hauptschulen, Schularten mit mehreren Bildungsgängen, Realschulen, Integrierten Gesamtschulen sowie G8- und G9-Gymnasien berücksichtigt. Insbesondere Bremen und Schleswig-Holstein wiesen im Vergleich zum Schuljahr 2000/2001 einen deutlichen geringeren Anteil an Klassenwiederholungen auf. In Bremen sank der Anteil von 5,0 % im Schuljahr 2000/2001 auf 2,6 %, in Schleswig-Holstein von 3,5 % auf 1,3 % im Schuljahr 2010/2011. Zu beachten ist auch, dass länderspezifische Regelungen sich auf den Wiederholeranteil auswirken.

Anteil der Wiederholungen an Realschulen am größten

Beim Vergleich der Anteile der Klassenwiederholungen nach Schularten im Schuljahr 2010/2011 zeigten sich deutliche Unterschiede. Der Anteil war in Grundschulen mit 0,5 % am geringsten. Wiederholungen werden allerdings nur in der 3. und 4. Klassenstufe ausgewiesen. Ebenfalls gering war mit 0,8 % der Anteil der Klassenwiederholungen an der Schulartunabhängigen Orientierungsstufe. Etwa 2,0 % der Schülerinnen und Schüler an Integrierten Gesamtschulen sowie Gymnasien wiederholten eine Klassenstufe. Bei Schularten mit mehreren Bildungsgängen lag der Anteil bei 3,1 % und bei Hauptschulen bei 3,7 %.

Am größten war der Anteil unter den Schülerinnen und Schülern an Realschulen: 4,3 % wiederholten im Schuljahr 2010/2011 eine Klasse.



Wiederholeranteil an allgemeinbildenden Schulen 2010/2011

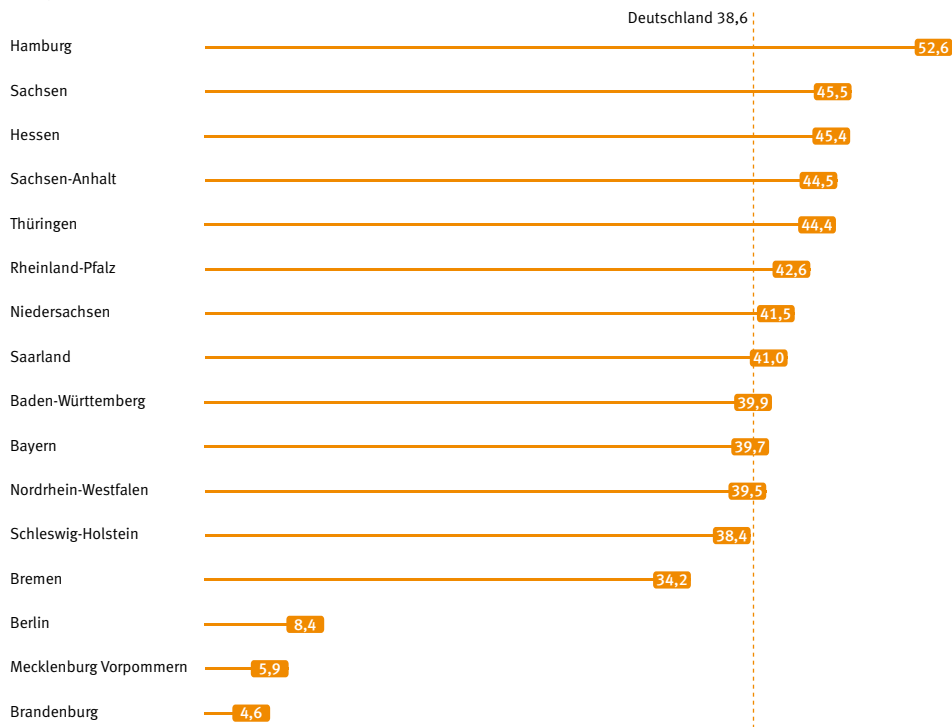
in %



3 Schulerfolg

Übergangsquote von Grundschulen in die 5. Klassenstufe von Gymnasien

Schuljahr 2010/2011, in %



3.2 Schulübergang in den Sekundarbereich I

Die Übergangsquote von der Grundschule auf weiterführende Schulen gibt an, welcher Anteil der Grundschülerinnen und -schüler auf die verschiedenen weiterführenden Schularten wechselt. Besonders bei stärker gegliederten Schulsystemen liefert diese Kennzahl Informationen inwieweit der Übergang zu einer Segregation von Schülerinnen und Schülern beiträgt

Wechsel auf Gymnasien am häufigsten

Im Schuljahr 2010/2011 haben 738 700 Schülerinnen und Schüler von der Grundschule in den Sekundarbereich I gewechselt.

Mit 39 % wechselte der größte Anteil der Schülerinnen und Schüler auf Gymnasien, 36 % davon auf G8-Gymnasien, die übrigen 3 % auf G9-Gymnasien. 21 % wechselten auf Realschulen und 13 % auf Hauptschulen. Der Anteil der Schülerinnen und Schüler, die nach der vierten Schulklasse der Grundschule an eine Integrierte Gesamtschule wechselten, lag bei 11 %. 8 % besuchten anschließend an die Grundschule Schularten mit mehreren Bildungsgängen und 7 % eine Schulartunabhängige Orientierungsstufe. Nur

wenige Schülerinnen und Schüler besuchten nach der Grundschule Förderschulen (0,5 %) und Freie Waldorfschulen (0,1 %).

Im Zehnjahresvergleich zeigte sich ein deutlicher Anstieg des Übergangs auf Gymnasien. Während im Schuljahr 2000/2001 27 % der Grundschülerinnen und -schüler aufs Gymnasium wechselten, waren es im Schuljahr 2010/2011 39 %. Auch der Anteil der Realschule vergrößerte sich um vier Prozentpunkte im Zehnjahresvergleich. Demgegenüber ging der Anteil der Hauptschule in diesem Zeitraum um sechs Prozentpunkte zurück. Der Anteil der Übergänge auf die Schulartunabhängige Orientierungsstufe nahm um 16 Prozentpunkte ab. Ursache hierfür war insbesondere, dass diese Schulform in Bremen, Niedersachsen und Sachsen-Anhalt abgeschafft wurde.

In Hamburg wechselten die Meisten an Gymnasien

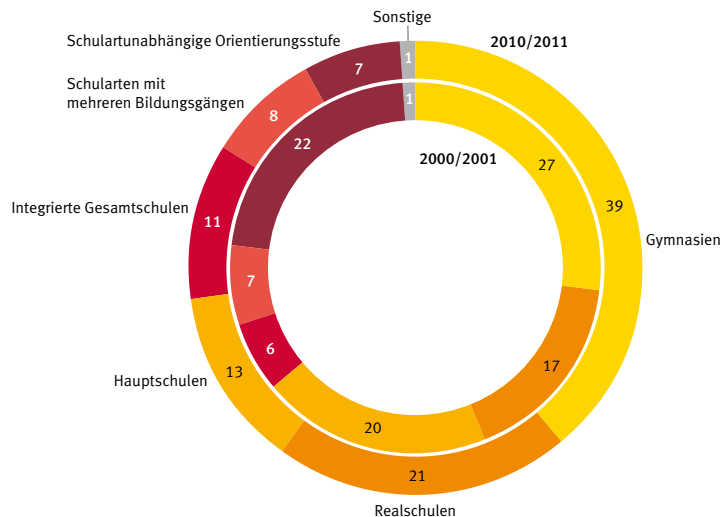
53 %, mehr als die Hälfte aller Grundschülerinnen und -schüler in Hamburg, wechselten demnach an Gymnasien. Auch in Sachsen, Hessen, Sachsen-Anhalt und Thüringen wechselte ein hoher Anteil der Schülerinnen und Schüler an Gymnasien. Unter den Ländern, in denen mit der 5. Klasse ein differenziertes Schulsystem beginnt, hatte Bremen mit 34 % die niedrigste Übergangsquote an

Gymnasien. In Berlin, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern war der Anteil der Schülerinnen und Schüler, die nach der vierten Klasse an Gymnasien wechseln, deutlich niedriger. In Berlin und Brandenburg war dies durch die sechsjährige Grundschulzeit und in Mecklenburg-Vorpommern durch Schularten mit mehreren Bildungsgängen

in den Klassen 5 und 6 bedingt. Betrachtet man den Übergang in diesen drei Bundesländern in der 7. Klasse, liegen die Anteile der Übergänge an Gymnasien bei etwa 46 %. Zu beachten ist, dass die Anteile der Schularten außerdem generell stark durch die länderspezifische Schulstruktur beeinflusst werden.

Übergang von der Grundschule in den Sekundarbereich I

2000/2001 und 2010/2011, in %



3 Schulerfolg

Schulische Herkunft beim Übergang in den Sekundarbereich II allgemeinbildender Gymnasien

Schuljahr 2010/2011, in %

	Schulische Herkunft				
	Gymnasium	Realschule	Integrierte Gesamtschule	Schularten mit mehreren Bildungsgängen	sonstige Schulart/ keine Angabe
Baden-Württemberg	98,9	0,8	0,0	–	0,3
Bayern	96,6	2,6	0,0	–	0,7
Berlin	97,3	1,0	0,5	–	1,2
Brandenburg	98,5	0,0	0,2	0,5	0,7
Bremen	69,9	–	12,6	9,1	8,3
Hamburg	97,8	0,2	0,3	0,0	1,7
Hessen	90,4	5,6	3,7	–	0,3
Mecklenburg-Vorpommern	97,1	0,2	0,5	2,0	0,3
Niedersachsen	94,2	5,1	0,3	–	0,5
Nordrhein-Westfalen	92,2	6,8	0,4	–	0,7
Rheinland-Pfalz	88,7	9,4	0,4	0,4	1,0
Saarland	93,2	3,4	1,1	2,2	0,2
Sachsen	98,1	–	–	1,1	0,8
Sachsen-Anhalt	98,6	–	0,5	0,6	0,4
Schleswig-Holstein	95,8	2,2	1,0	–	1,0
Thüringen	93,9	–	0,1	5,5	0,4

3.3 Schulische Herkunft beim Übergang in den Sekundarbereich II von Gymnasien

Die Kennzahl gibt die schulische Herkunft von Schülerinnen und Schülern beim Übergang in den Sekundarbereich II von Gymnasien wieder. Die Einführung des achtjährigen Gymnasiums hat diesen Übergang allerdings weniger einheitlich gemacht. In achtjährigen Gymnasien wird das 10. Schuljahr schon der Sekundarstufe II zugeordnet, während in neunjährigen Gymnasien die Sekundarstufe II erst ab der elften Klassenstufe gilt. Bei der Berechnung der Kennzahl wird dies berücksichtigt.

Neun von Zehn der gymnasialen Oberstufe stammen aus der gymnasialen Mittelstufe

Im Schuljahr 2010/2011 haben 346 000 Schülerinnen und Schüler in den Sekundarbereich II von Gymnasien gewechselt. 94 % der Schülerinnen und Schüler, die in die gymnasiale Oberstufe wechselten, besuchten auch im vorherigen Schuljahr ein Gymnasium. 4 % besuchten vor dem Wechsel an das Gymnasium eine Realschule, die übrigen Schülerinnen und Schüler stammten aus Integrierten Gesamtschulen (0,7 %), aus Schul-

arten mit mehreren Bildungsgängen (0,3%), aus Hauptschulen (0,2%) sowie zu noch geringeren Anteilen aus Freien Waldorfschulen und Förderschulen.

Zehn Jahre zuvor, im Schuljahr 2000/2001, zeigte sich ein ähnliches Bild. 91% der Schülerinnen und Schüler wechselten aus dem gymnasialen Sekundarbereich I in die gymnasiale Oberstufe und 5% der Schülerschaft besuchte vor dem

Wechsel an das Gymnasium eine Realschule, 1% eine Integrierte Gesamtschule.

Gymnasiale Herkunft beim Übergang in allen Bundesländern am häufigsten

Der Anteil der Schülerinnen und Schüler, die im Schuljahr 2010/2011 in die gymnasiale Oberstufe wechselten und im vorherigen Schuljahr ebenfalls ein Gymnasium besuchten, lag

im Bundesländervergleich zwischen 70% und 99%. In Baden-Württemberg, Sachsen-Anhalt, Brandenburg und Sachsen lag dieser Anteil bei über 98%. Der große Unterschied ist auch auf die unterschiedliche Schulstruktur der Bundesländer im Sekundarbereich I und Sekundarbereich II zurückzuführen. Außerdem existieren unterschiedliche Zugangsvoraussetzungen für den gymnasialen Sekundarbereich II in den Bundesländern.

In Bremen war der Anteil der Schülerinnen und Schüler, die mit gymnasialer Herkunft in den Sekundarbereich II von Gymnasien wechseln, am niedrigsten. Dort stammten im Vergleich zu den übrigen Bundesländern relativ viele Schülerinnen und Schüler aus Schularten mit mehreren Bildungsgängen und aus der Integrierten Gesamtschule. In Bremen war außerdem der Anteil „ohne Angabe“ der schulischen Herkunft verhältnismäßig hoch.

Schulische Herkunft beim Übergang in die Gymnasiale Oberstufe

Schuljahr 2000/2001 und 2010/2011

Schulische Herkunft	Schülerinnen und Schüler der 11. Klasse (G 9) sowie der Einführungsphase (G8) am Gymnasium			
	2000/2001	2010/2011	2000/2001	2010/2011
			in %	
Insgesamt	238 789	346 012	100	100
Darunter:				
Gymnasien	216 819	324 730	90,8	93,8
Realschulen	11 316	15 317	4,7	4,4
Integrierte Gesamtschulen	2 592	2 533	1,1	0,7
Hauptschulen	691	685	0,3	0,2
Schularten mit mehreren Bildungsgängen	105	948	0,0	0,3
Freie Waldorfschulen	41	105	0,0	0,0
Förderschulen	3	12	0,0	0,0

3 Schulerfolg

Ausgewählte Schulabschlüsse im Zehnjahresvergleich 2000 und 2010

Veränderung in Prozentpunkten

	allgemeine Hochschulreife	Realschulabschluss	Hauptschulabschluss
Baden-Württemberg	5,6	3,3	-6,1
Bayern	5,8	9,1	-11,1
Berlin	8,6	-5,3	0,2
Brandenburg	18,4	-13,1	-4,7
Bremen	5,6	-4,7	2,0
Hamburg	26,6	-11,3	-9,7
Hessen	2,9	3,5	-2,4
Mecklenburg-Vorpommern	11,4	-8,7	-6,6
Niedersachsen	7,0	4,3	-6,2
Nordrhein-Westfalen	5,1	-1,0	-4,5
Rheinland Pfalz	7,7	4,7	-10,0
Saarland	6,3	-0,6	-0,6
Sachsen	3,9	-0,9	-0,7
Sachsen-Anhalt	2,3	-9,0	6,2
Schleswig Holstein	7,3	3,3	-7,6
Thüringen	8,8	-1,0	-3,5
Deutschland	6,4	0,6	-4,3

3.4 Schulabschlüsse

Die Kennzahl zeigt die Verteilung der Abschlüsse nach Abschlussarten an allgemeinbildenden Schulen eines Schuljahres. Zur Sicherung der Humanressourcen und der individuellen Teilhabe am gesellschaftlichen Leben streben EU, Bund und Länder eine Anhebung des Bildungsniveaus der Bevölkerung an. Der Beobachtung der Absolventinnen und Absolventen nach Abschlussarten kommt daher eine große Bedeutung zu.

Größter Anteil der Schülerinnen und Schüler erreicht Realschulabschluss

2010 erreichten insgesamt 865 300 Schülerinnen und Schüler einen Schulabschluss der allgemeinbildenden Schulen. Der größte Anteil mit fast 41 % beendete die Schule mit einem Realschulabschluss. 21 % schlossen mit einem Hauptschulabschluss, 31 % mit der allgemeinen Hochschulreife und 2 % mit der Fachhochschulreife ab. 6 % der Schülerinnen und Schüler verließen die Schule ohne Hauptschulabschluss. Jungen verließen die Schule häufiger als Mädchen ohne Hauptschulabschluss (ihr Anteil lag um drei Prozentpunkte höher). Der Anteil der Jungen, die einen Hauptschulabschluss erreichten, war ebenfalls höher,

als der der Mädchen (um 6 Prozentpunkte). Der Anteil der Absolventinnen, die die allgemeine Hochschulreife erreichten, war mit 35 % dagegen höher als bei Absolventen mit 27 %. Bei Realschulabschlüssen und Fachhochschulabschlüssen bestanden kaum geschlechtsspezifische Unterschiede.

Steigender Anteil der allgemeinen Hochschulreife, sinkender Anteil der Hauptschulabschlüsse

Im Zehnjahresvergleich der Schulabschlüsse wird deutlich, dass der Anteil der Absolventinnen und Absolventen mit allgemeiner Hochschulreife an den Schulabschlüssen insgesamt zunimmt. Im Jahr 2000 lag der Anteil bei 25 %, 2010 betrug er 31 %. Damit betrug die Zunahme 6 Prozentpunkte. Am deutlichsten war der Anstieg in Hamburg und Brandenburg. Dabei ist zu berücksichtigen, dass aufgrund der Umstellung auf G8-Gymnasien bis zum Schuljahr 2010/2011 in vier Bundesländern (darunter Hamburg) doppelte Abschlussjahrgänge die allgemeine Hochschulreife erwarben.

Während der Anteil der allgemeinen Hochschulreife in den letzten zehn Jahren angestiegen ist, hat hingegen der Anteil der Hauptschulabschlüsse insgesamt von 25 % auf 21 % abgenommen. Auch im Bundesländervergleich, mit Ausnahme von Berlin, Bremen und Sachsen-Anhalt, ist dies der Fall.

Der Anteil der Realschulabschlüsse ist in den letzten zehn Jahren im Bundesdurchschnitt unverändert. Unterschiedliche Entwicklungen zeigen sich im Ländervergleich. Während der Anteil der Realschulabschlüsse in Brandenburg, Hamburg, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern deutlich zurückging, nahm er in Bayern stark zu. Zu beachten ist, dass in den einzelnen Ländern

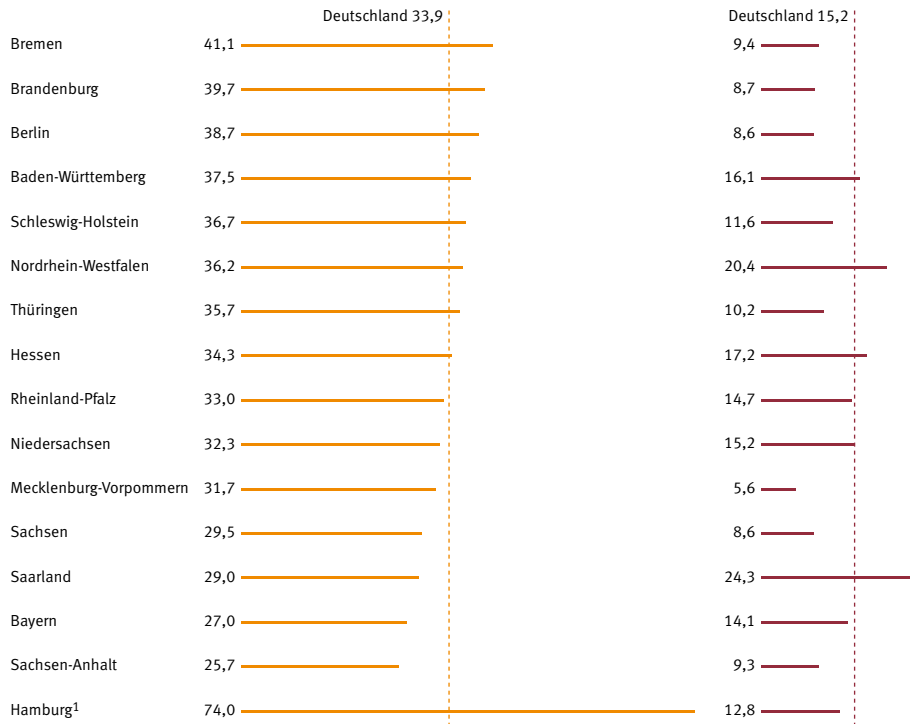
in unterschiedlichem Umfang allgemeinbildende Bildungsabschlüsse an beruflichen Schulen erlangt werden. 2010 erwarben dort 316 300 Schülerinnen und Schüler einen allgemeinbildenden Abschluss. 15 % davon erwarben die allgemeine Hochschulreife, 41 % die Fachhochschulreife, 31 % den Realschulabschluss und 11 % den Hauptschulabschluss.



3 Schulerfolg

Studienberechtigtenquote nach allgemeiner Hochschulreife und Fachhochschulreife 2010

in %



1 doppelter Abiturientenjahrgang — allgemeine Hochschulreife — Fachhochschulreife

3.5 Studienberechtigtenquote

Die Studienberechtigtenquote weist den Anteil der Absolventinnen und Absolventen allgemeinbildender und beruflicher Schulen eines Jahrgangs aus, die die Schule mit allgemeiner Hochschulreife bzw. Fachhochschulreife verlassen und somit studienberechtigt sind. Die Kennzahl wird nach dem sog. Quotensummenverfahren berechnet. Für jeden einzelnen Altersjahrgang der Wohnbevölkerung wird der Anteil der Schulabsolventinnen und -absolventen mit allgemeiner Hochschulreife und Fachhochschulreife berechnet und diese Anteile anschließend zu einer Summe addiert.

Zur Sicherung der Humanressourcen der Wissensgesellschaft wird es als erforderlich angesehen, die Anzahl der Studienberechtigten und der Hochschulabsolventinnen und -absolventen zu steigern.

Studienberechtigtenquote 2010 bei 49 %

2010 erfüllte fast jede und jeder Zweite gemessen an den Gleichaltrigen in der Bevölkerung die schulischen Voraussetzungen, um ein Hochschulstudium in Deutschland aufnehmen zu können. Insgesamt erwarben 2010 etwa 458 400 Schulabsolventinnen und -absolventen eine Studien-

berechtigung. Ein etwas höherer Anteil davon war mit 53 % weiblich.

Nordrhein-Westfalen mit höchster Quote

Zwischen den Bundesländern variierte die Studienberechtigtenquote von 35 % bis 57 % beträchtlich. Die vom Wissenschaftsrat empfohlene Studienberechtigtenquote von 50 % wurde von Nordrhein-Westfalen mit 57 %, Baden-Württemberg mit 54 %, dem Saarland mit 53 %, Hessen mit 52 % und Bremen mit 51 % 2010 übertroffen. Im Vergleich dazu brachten Sachsen-Anhalt mit 35 %, Mecklenburg-Vorpommern mit 37 % und Sachsen mit 38 % die wenigsten Studienberechtigten im Verhältnis zu ihrer Bevölkerung hervor.

Die außergewöhnlich hohe Studienberechtigtenquote in Hamburg mit 87 % ist darauf zurückzuführen, dass aufgrund der Umstellung auf die achtjährige Gymnasialzeit 2010 gleichzeitig zwei Jahrgänge ihre Hochschulreife erlangten.

Höhere Anteile für allgemeine Hochschulreife als für Fachhochschulreife

2010 erreichte die Studienberechtigtenquote der Absolventinnen und Absolventen mit allgemeiner Hochschulreife 34 %. Dies entspricht 315 900 Schulabsolventinnen und -absolventen. Die Fachhochschulreife erwarben 142 500 Absol-

ventinnen und Absolventen, d.h. die Studienberechtigtenquote für Fachhochschulen lag bei 15 %.

Auch im Bundesländervergleich zeigt sich dieses Verhältnis der beiden Abschlüsse. Die Studienberechtigtenquote für alle Hochschulen ist dabei besonders hoch in Bremen mit 41 % und in Bran-

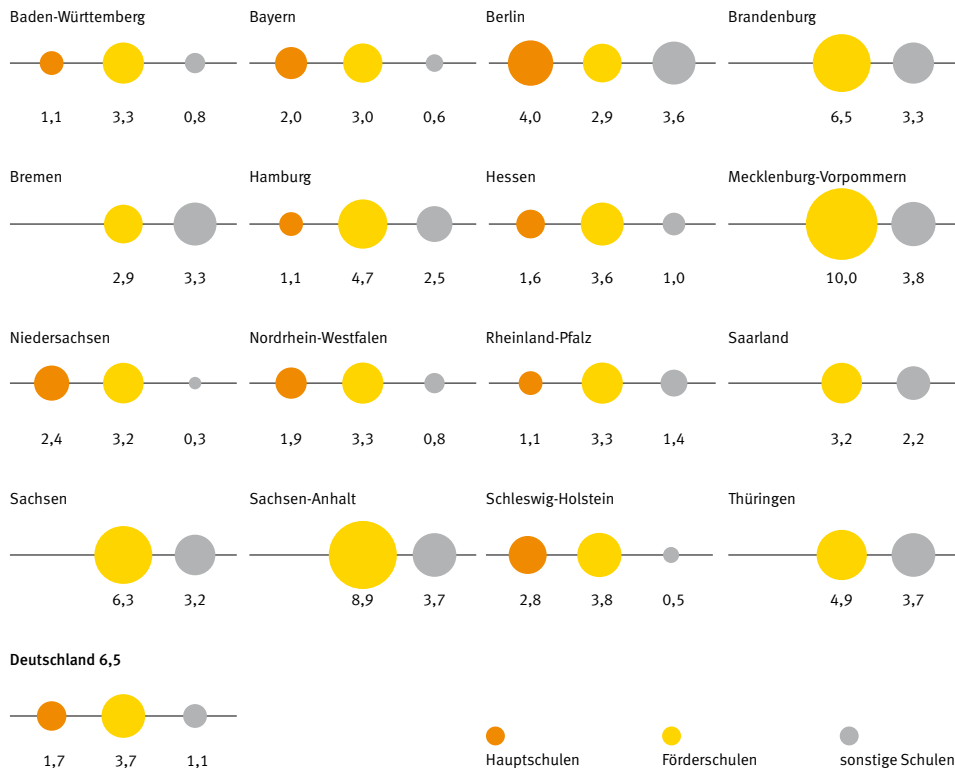
denburg mit 40 %. Im Saarland und in Nordrhein-Westfalen hingegen lag die Studienberechtigtenquote für Fachhochschulen mit 24 % bzw. 20 % deutlich über der der übrigen Bundesländer. Am geringsten war sie in Mecklenburg-Vorpommern mit 6 %.



3 Schulerfolg

Abgängerinnen und Abgänger allgemeinbildender Schulen ohne Hauptschulabschluss 2010

in %



3.6 Abgängerinnen und Abgänger ohne Hauptschulabschluss

Die Kennzahl zeigt den Anteil der Schulabgängerinnen und Schulabgänger eines Jahrgangs, die die allgemeinbildende Schule ohne Hauptschulabschluss verlassen. Sie wird nach dem sogenannten Quotensummenverfahren berechnet. Für jeden einzelnen Altersjahrgang der Bevölkerung wird der Anteil der Abgängerinnen und Abgänger ohne Hauptschulabschluss ermittelt und diese Anteile zu einer Summe addiert.

Die Aussichten von Schulabgängerinnen und Schulabgängern ohne Hauptschulabschluss auf einen Arbeits- oder Ausbildungsplatz sind äußerst gering. Für ihre Integration in den Arbeitsmarkt sind vielfach besondere Maßnahmen erforderlich.

7% der Schulabgängerinnen und -abgänger ohne Hauptschulabschluss

Im Abgangsjahr 2010 beendeten insgesamt 53 100 Schülerinnen und Schüler ihre Schullaufbahn ohne einen Hauptschulabschluss an einer allgemeinbildenden Schule. Bezogen auf die altersspezifische Bevölkerung gelang es damit 7% eines Jahrgangs nicht, mindestens einen Hauptschulabschluss zu erwerben. Die Quote von

Schülerinnen war dabei mit 5 % geringer als von Schülern mit 8 %.

Abgänge am häufigsten an Förderschulen

Bei der Betrachtung der Anteile der Schulabgängerinnen und -abgänger nach Schulart zeigt sich, dass annähernd sechs von zehn Schülerinnen und Schüler ohne Hauptschulabschluss im Abgangsjahr 2010 von Förderschulen stammten. Zu berücksichtigen ist dabei aber auch, dass etwa 25 000 Schülerinnen und Schüler, d.h. etwa 83 % davon einen Abschluss für Lern- oder Geistigbehinderte erwarben.

Ein Viertel der Schulabgängerinnen und -abgänger ohne Hauptschulabschluss besuchte eine Hauptschule. Geringere Anteile sind zu 6 % den Schularten mit mehreren Bildungsgängen, zu 5 % den Integrierten Gesamtschulen und zu 5 % den Realschulen zuzurechnen. Nur wenige Schulabgängerinnen und -abgänger ohne Hauptschulabschluss besuchten Gymnasien und Freie Waldorfschulen.

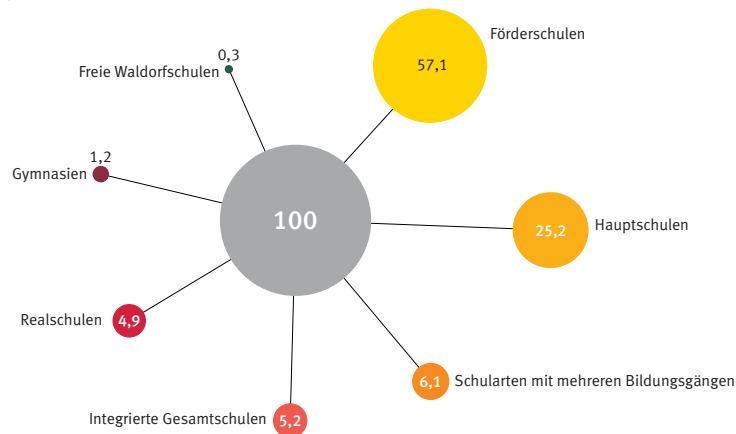
Anteil in den neuen Ländern überdurchschnittlich hoch

Im Bundesländervergleich wird deutlich, dass in allen ostdeutschen Bundesländern der Anteil der Schülerinnen und Schüler ohne Hauptschul-

abschluss überdurchschnittlich hoch ist. In Mecklenburg-Vorpommern verließen 14 % eines Jahrgangs die allgemeinbildenden Schulen ohne Hauptschulabschluss, für Sachsen-Anhalt lag dieser Wert bei 13 %. Die überdurchschnittlichen Werte der ostdeutschen Bundesländer können auf überdurchschnittlich hohe Anteile von

Schülerinnen und Schülern an Förderschulen an der Gesamtschülerzahl zurückgeführt werden. Zu berücksichtigen ist dabei aber auch, dass die Kennzahl diejenigen Schülerinnen und Schüler nicht erfasst, denen es gelingt, ihren Hauptschulabschluss an beruflichen Schulen oder in anderen Bildungsangeboten nachzuholen.

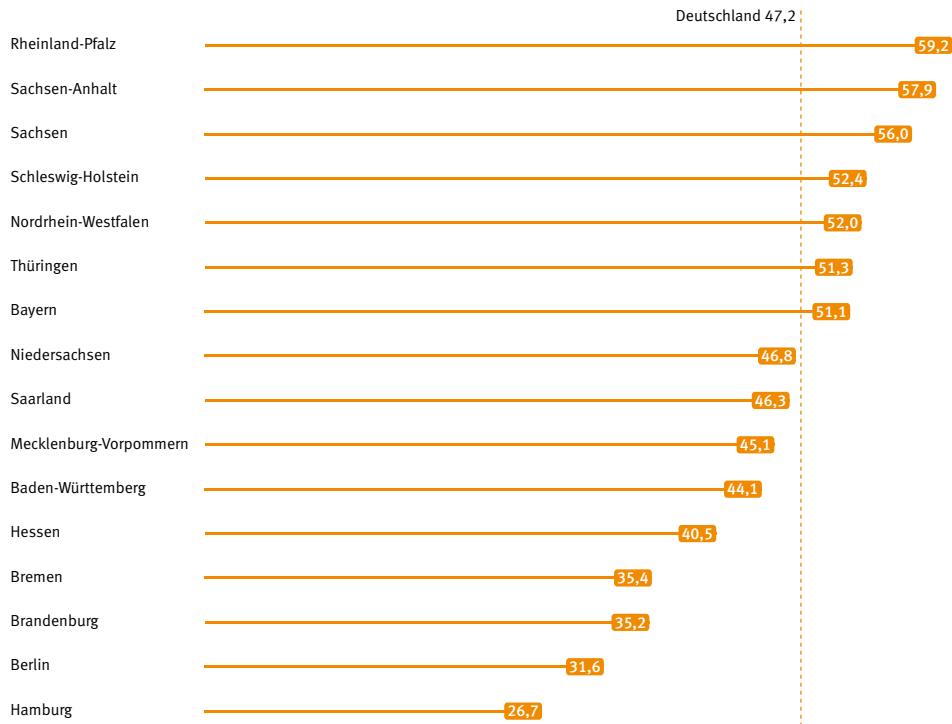
Schulabgängerinnen und -abgänger allgemeinbildender Schulen ohne Hauptschulabschluss 2010
nach Schulart, in %



4 Schulbetrieb

Anteil der Grundschulen an allgemeinbildenden Schulen 2010/2011

in %



4.1 Anzahl und Art der Schulen

Die Kennzahl „Anzahl und Art der Schulen“ beschreibt die Schullandschaft in Deutschland. Sie gibt die absolute Anzahl an Schulen sowie die Vielfalt und Verteilung der Schularten wieder. Die Anzahl der Schulen und die Verteilung der Schularten werden vom Anteil der Bevölkerung im schultypischen Alter sowie von der Schulstruktur, die durch historische Entwicklungen und politische Entscheidungen geprägt wird, beeinflusst. Ein wohnortnahes Bildungsangebot ist in Stadtstaaten leichter zu erreichen.

7 400 Schulen weniger als vor zehn Jahren

Im Schuljahr 2010/2011 gab es in Deutschland rund 34 500 Schulen. Dies waren 18% bzw. 7 400 Schulen weniger als vor zehn Jahren. Betrachtet man die absoluten Zahlen wurden 34% der Hauptschulen und 30% der Realschulen in diesem Zeitraum geschlossen. Die Schulartunabhängige Orientierungsstufe wurde sogar um die Hälfte reduziert. Lediglich die Freien Waldorfschulen konnten einen Zuwachs von 18% auf 200 Schulen im Schuljahr 2010/2011 verzeichnen.

Fast jede zweite Schule ist eine Grundschule

47 % bzw. 16 300 aller Schulen waren im Schuljahr 2010/2011 Grundschulen. Da Grundschulen wohnortnah errichtet werden und in der Regel nur vier Jahrgangsstufen umfassen, sind Grundschulen im Verhältnis zu anderen Schularten eher kleine Schulen, erreichen aber dadurch einen hohen Anteil an der Gesamtzahl der Schulen.

Die Hauptschulen hatten den zweitgrößten Anteil mit 11 %, gefolgt von den Förderschulen mit 10 %, den Gymnasien mit 9 % und den Realschulen mit 7 %. Die Schularten mit mehreren Bildungsgängen und die Schulartunabhängigen Orientierungsstufen waren mit 4 % bzw. 3 % nicht so häufig vertreten, ebenso die Integrierten Gesamtschulen mit 3 % und die Freien Waldorfschulen mit 0,6 %. Die sonstigen Schulen mit 5 % beinhalteten die Vorklassen, Schulkindergärten, Abendschulen und Kollegs.

Stadtstaaten mit geringem Anteil an Grundschulen

Im Bundesländervergleich hatten im Schuljahr 2010/2011 Rheinland-Pfalz mit 59 %, Sachsen-Anhalt mit 58 % und Sachsen mit 56 % die höchsten Anteile an Grundschulen. Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen, Thüringen und Bayern lagen ebenfalls über dem Bundesdurchschnitt. Den

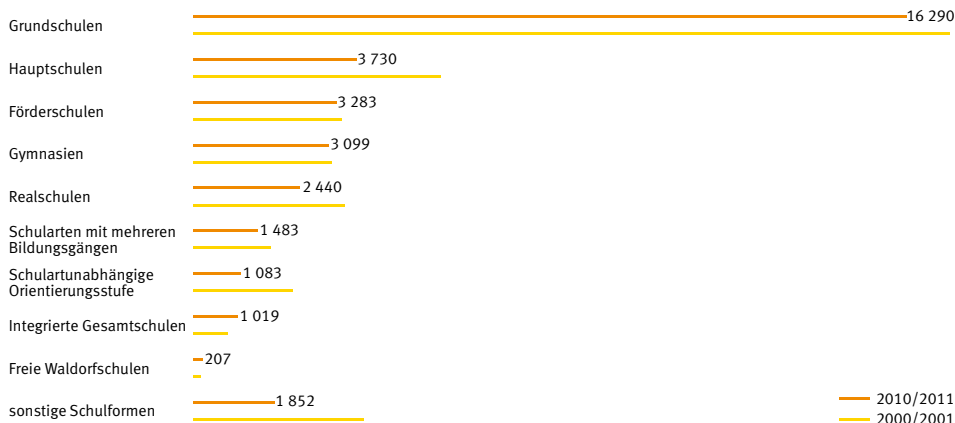
geringsten Anteil an Grundschulen hatte Hamburg mit 27 %. Auch in Berlin, Brandenburg und Bremen hatten die Grundschulen mit jeweils etwa einem Drittel geringe Anteile an allgemeinbildenden Schulen im Bundesland.

Beim Bundesländervergleich muss nicht nur der Anteil der schultypischen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung berücksichtigt werden, sondern auch die Größe der Schulen und deren Einzugsgebiete. Während es in den Flächenlän-

dem Sachsen-Anhalt mit knapp 120, Thüringen mit 140 sowie in Sachsen und Rheinland-Pfalz mit rund 150 Kindern je Grundschule eher kleine, dafür anteilmäßig viele Grundschulen gab, wurden in den Stadtstaaten Hamburg, Berlin und Bremen durchschnittlich über 200 Grundschüler je Schule betreut und somit anteilig weniger Grundschulen für ein wohnortnahes Bildungsangebot benötigt.

Anzahl allgemeinbildender Schulen nach Schularten

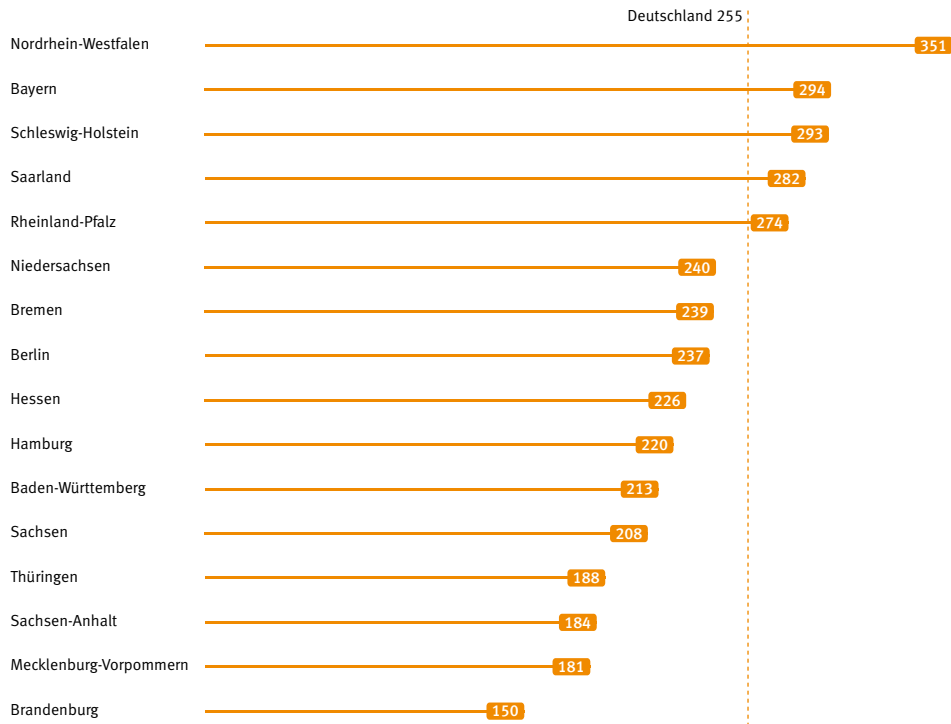
Schuljahre 2000/2001 und 2010/2011



4 Schulbetrieb

Durchschnittliche Schüleranzahl je Schule 2010/2011

Allgemeinbildende Schulen



4.2 Schülerinnen und Schüler je Schule

Die durchschnittliche Zahl der Schülerinnen und Schüler je Schule gibt die durchschnittliche Größe der Schule an. Bei der Berechnung der Kennzahl wird die Anzahl der Schülerinnen und Schüler ins Verhältnis zur Anzahl der Schulen gesetzt.

Die durchschnittlichen Größen der Schulen unterscheiden sich je nach Schulart, Anzahl der Jahrgangsstufen und Einzugsgebiet. Zudem werden die Schulgrößen von der Anzahl der Personen im schultypischen Alter mit beeinflusst.

Gymnasien und Integrierte Gesamtschulen sind die größten Schulen

Deutschlandweit wurden im Schuljahr 2010/2011 im Durchschnitt rund 260 Schülerinnen und Schüler je Schule unterrichtet. 10 Jahre zuvor waren es rund 240 Schülerinnen und Schüler je Schule.

Die größten allgemeinbildenden Schulen waren 2010/2011 die Gymnasien, an denen durchschnittlich 800 Schülerinnen und Schüler unterrichtet wurden, gefolgt von den Integrierten Gesamtschulen mit 570 Schülerinnen und Schülern je Schule. Während die Durchschnittsgröße

der Gymnasialschulen sich innerhalb der letzten zehn Jahre um rund 90 Schülerinnen und Schüler je Schule erhöht hat, sind die Integrierten Gesamtschulen im selben Zeitraum durchschnittlich um 120 Personen kleiner geworden.

An den Realschulen wurden im Schuljahr 2000/2001 im Durchschnitt 360 Schülerinnen und Schüler je Schule unterrichtet, im Schuljahr 2010/2011 waren es mit 480 Lernenden je Schule deutlich mehr. An den Hauptschulen lernten 2010/2011 jeweils fast 190 Schülerinnen und Schüler je Schule, an den Grundschulen waren es rund 170 Kinder. Innerhalb der letzten zehn Jahre haben sich hier diese Schulgrößen um 6 bzw. 20 Schülerinnen und Schüler verkleinert.

Große Schulen in Nordrhein-Westfalen

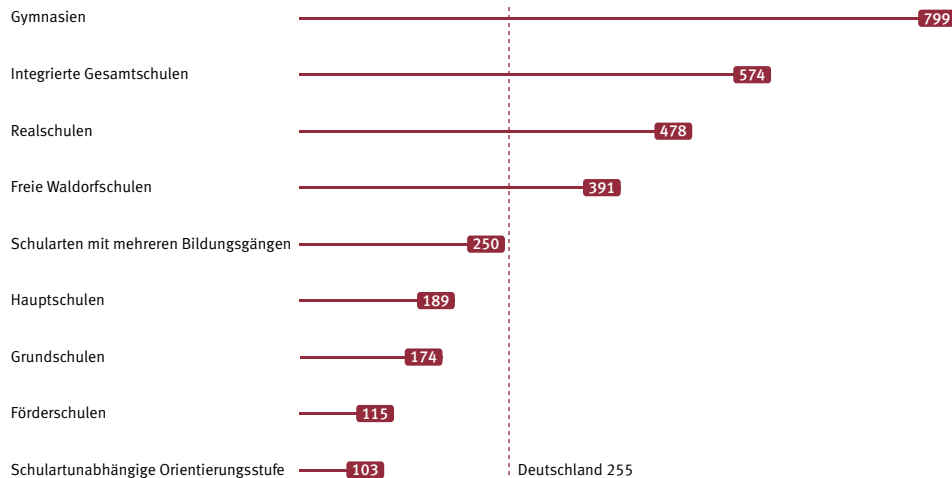
Die durchschnittliche Größe der Schulen unterschied sich im Schuljahr 2010/2011 je nach Bundesland deutlich. Beim Vergleich der Schulgrößen der einzelnen Bundesländer muss der Anteil der Personen im schulpflichtigen Alter an der Bevölkerung und die Verteilung der verschiedenen Schularten berücksichtigt werden. Zudem ist das Einzugsgebiet der Schulen mitentscheidend für die durchschnittliche Größe der Schulen. Die kleinsten Schulen mit durchschnittlich unter 190 Schülerinnen und Schüler je Schule lagen in Bran-

denburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Thüringen. In diesen Bundesländern waren unter anderem die kleinsten Grundschulen zu finden. In Brandenburg gab es zudem einen überdurchschnittlich hohen Anteil an Schülerinnen und Schülern, die eine Schulartunabhängige Orientierungsstufe mit sehr kleinen Einheiten von rund 80 Schülerinnen und Schülern besuchten.

Die meisten Schülerinnen und Schüler je Schule wurden im Schuljahr 2010/2011 mit rund 350 Personen in Nordrhein-Westfalen unterrichtet, gefolgt von Bayern und Schleswig-Holstein mit rund 290 Schülerinnen und Schülern je Schule. In Nordrhein-Westfalen sind die Integrierten Gesamtschulen mit durchschnittlich über 1 000 Schülerinnen und Schülern besonders groß.

Durchschnittliche Schüleranzahl nach Schularten 2010/2011

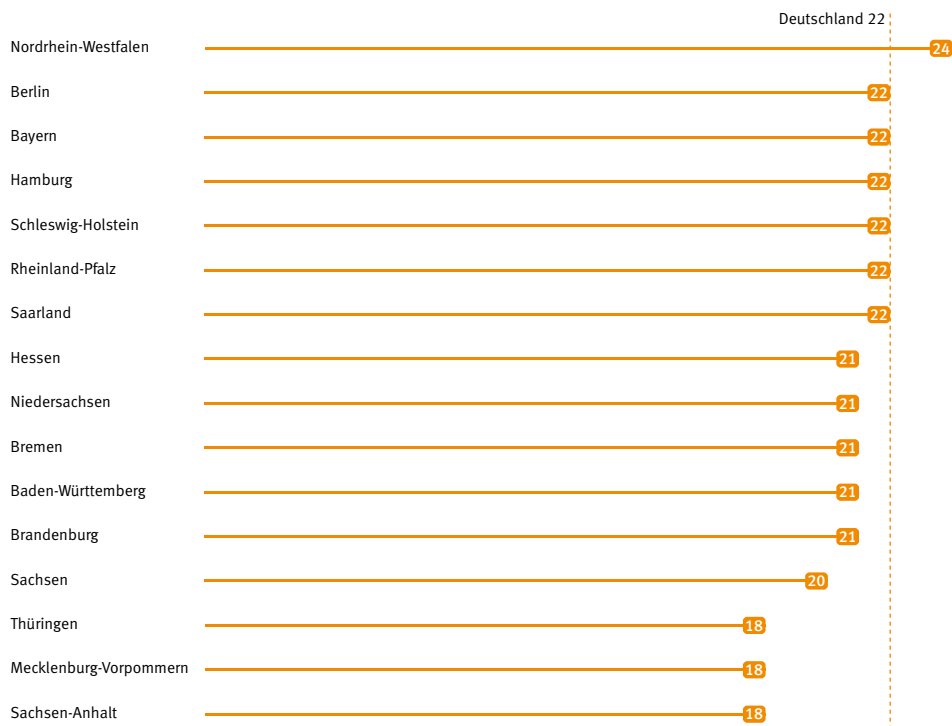
Allgemeinbildende Schulen



4 Schulbetrieb

Durchschnittliche Schüleranzahl je Klasse 2010/2011

Primarbereich und Sekundarbereich I



4.3 Schülerinnen und Schüler je Klasse

Die Kennzahl gibt Auskunft über die durchschnittliche Zahl der Schülerinnen und Schüler je Klasse. Bei der Berechnung werden die Anzahl der Schülerinnen und Schüler im Primarbereich und im Sekundarbereich I ins Verhältnis zur Anzahl der Klassen gesetzt. Je nach Schulart gibt es unterschiedliche Vorgaben von Klassenteilern. Die Schularten, in denen es keine festen Klassenstrukturen gibt, werden nicht berücksichtigt.

Die durchschnittliche Schülerzahl je Klasse kann zur Beschreibung der Unterrichtssituation herangezogen werden. Tendenziell kann in kleineren Klassen eine intensivere Betreuung der Schülerinnen und Schüler durch die Lehrkräfte stattfinden, jedoch steigen mit kleinen Klassengrößen die Kosten.

Klassengröße durchschnittlich bei 22 Schülerinnen und Schüler

In den letzten zehn Jahren lag die durchschnittliche Anzahl der Schülerinnen und Schüler je Klasse konstant bei 22 Personen. In Grundschulen und im Primarbereich der Integrierten Gesamtschulen gab es im Schuljahr 2010/2011 im Durch-

schnitt 21 bzw. 22 Kinder je Klasse. In den Freien Waldorfschulen hingegen wurden in den ersten Klassenstufen im Durchschnitt 26 Schülerinnen und Schüler unterrichtet. In Förderschulen wurden zehn Schülerinnen und Schüler in einer Klasse betreut.

Größere Klassen im Sekundarbereich I

Die Anzahl der Schülerinnen und Schüler je Klasse lag im Schuljahr 2010/2011 in Hauptschulen bei 20, bei den Schularten mit mehreren Bildungsgängen bei 21 Personen und in der Schulartunabhängigen Orientierungsstufe bei 22. In diesen Schularten haben sich die durchschnittlichen Klassengrößen in den letzten zehn Jahren um jeweils zwei Schülerinnen und Schüler verkleinert. In Realschulen und im Sekundarbereich I der Gymnasien, Freien Waldorfschulen und Integrierten Gesamtschulen wurden hingegen 26 bzw. 27 Schülerinnen und Schüler je Klasse unterrichtet. Diese Klassengrößen sind bis auf die Freien Waldorfschulen, deren durchschnittliche Klassengröße sich um eine Person verkleinert hat, seit zehn Jahren unverändert geblieben.

Kleine Klassen in Ostdeutschland

Beim Bundesländervergleich ist zu berücksichtigen, dass ein größerer Anteil von Schularten mit

kleineren Klassengrößen mit einem kleineren Durchschnittswert des Bundeslandes einhergeht. Der Anteil der Schularten wird von der Bevölkerungsentwicklung und der Schulstruktur beeinflusst. Die kleinsten Klassen im Bundesgebiet waren im Schuljahr 2010/2011 im Durchschnitt in Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen mit jeweils 18 Schülerinnen und Schülern je Klasse zu finden. Die geringe Schülerzahl je Klasse in diesen Ländern dürfte auf den Rückgang

der Schülerzahl auf Grund des demografischen Wandels zurückzuführen sein. Zudem hat das wohnortnahe Bildungsangebot im ländlichen Raum kleinere Klassen zur Folge.

Die meisten Schülerinnen und Schüler je Klasse wurden im Schuljahr 2010/2011 mit 24 Personen in Nordrhein-Westfalen unterrichtet. In diesem Land lag die Anzahl der Schülerinnen und Schüler je Klasse in allen Schularten im Sekundarbereich I überdurchschnittlich hoch.

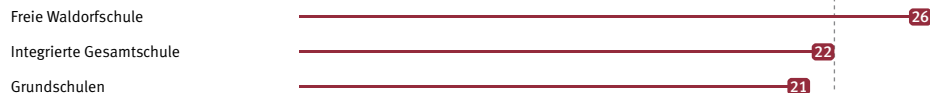
Durchschnittliche Klassengröße nach ausgewählten Schularten 2010/2011

Primarbereich und Sekundarbereich I

Sekundarbereich I



Primarbereich



4 Schulbetrieb

Schülerinnen und Schüler je Lehrkraft 2010/2011

Allgemeinbildende Schulen



4.4 Schülerinnen und Schüler je Lehrkraft (VLE)

Die Kennzahl gibt Auskunft über die Betreuungsrelation an allgemeinbildenden Schulen. Alle vollzeit-, teilzeit- und stundenweise beschäftigten Lehrkräfte werden in Vollzeitlehrkräfteeinheiten (VLE) umgerechnet und ins Verhältnis zu den Schülerinnen und Schülern gesetzt. Zur besseren Lesbarkeit wird im Folgenden der Begriff „Lehrkraft“ für VLE verwendet. Die Berechnung der Vollzeitlehrkräfteeinheiten weicht von dem von der Kultusministerkonferenz verwendeten Verfahren ab.

Die Lehrkräfteausstattung im allgemeinbildenden Schulwesen ist ein Indikator für die Qualität der Bildungsangebote. Dabei geht man davon aus, dass Schülerinnen und Schüler bei einer niedrigeren Betreuungsrelation einen besseren Zugang zu den Lehrkräften haben.

Betreuungsverhältnis besser als vor zehn Jahren

Im Schuljahr 2010/2011 kamen an den allgemeinbildenden Schulen 15,9 Schülerinnen und Schüler auf eine Lehrkraft. Im Vergleich zum Schuljahr 2000/2001 hat sich hier die Betreuungsrelation um 2,1 Schülerinnen und Schüler

je Lehrkraft verringert. Zu beachten ist, dass sich im Vergleichszeitraum Schulstrukturen und die relative Bedeutung der Schularten auf Grund der demografischen Entwicklung, politischen Entscheidungen und Änderungen im Bildungsverhalten gewandelt haben.

Die Betreuungsverhältnisse unterscheiden sich nach Schularten. An Förderschulen war die Betreuungsrelation mit 6,1 Kindern je Lehrkraft am günstigsten. Bei den Schularten mit mehreren Bildungsgängen hat sich das Betreuungsverhältnis seit dem Schuljahr 2000/2001 mit damals 18,0 Schülerinnen und Schülern je Lehrkraft deutlich verbessert und erreichte im Schuljahr 2010/2011 eine Betreuungsrelation von 13,1 Kindern je Lehrkraft. Auch an der Schulartunabhängigen Orientierungsstufe hat sich das Verhältnis Lernender je Lehrkraft um 3,6 Kinder verbessert und lag im Schuljahr 2010/2011 bei 14,9 je Lehrkraft.

An den Integrierten Gesamtschulen mit 14,9 Kindern je Lehrkraft, den Freien Waldorfschulen (15,9), den Gymnasien (16,5), den Hauptschulen (17,3) sowie den Realschulen mit 19,3 Lernenden je Lehrkraft haben sich die Betreuungsrelationen in den letzten zehn Jahren kaum verändert.

Die Betreuungsrelation an den Grundschulen hat sich von 23,3 Kindern je Lehrkraft im Schuljahr

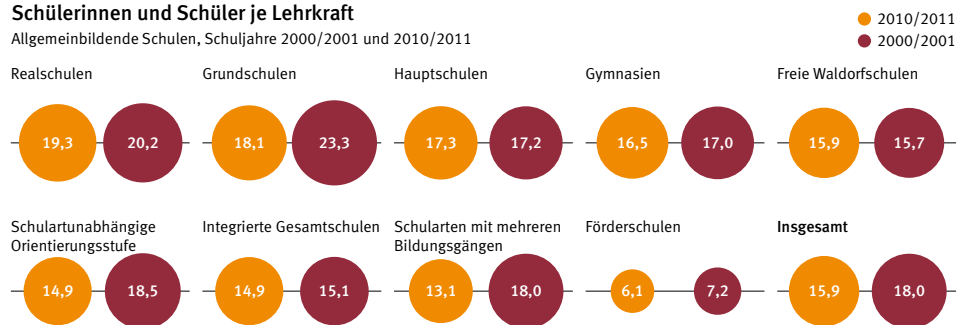
2000/2001 auf 18,1 im Schuljahr 2010/2011 verbessert. Zu berücksichtigen ist hier, dass die Grundschüler relativ wenige Unterrichtsstunden haben, die Grundschullehrkräfte aber relativ viele Unterrichtsstunden erteilen.

Sachsen-Anhalt und Thüringen mit den besten Betreuungsverhältnissen

Im Bundesländervergleich erreichten Sachsen-Anhalt mit 11,9 und Thüringen mit 12,1 Schülerinnen und Schüler je Lehrkraft die günstigsten Betreuungsrelationen. Die niedrigen Betreuungsrelationen dürften darauf zurückzuführen sein, dass die Abnahme der Zahl der Lehrkräfte nicht mit der sinkenden Schülerzahl auf Grund des demografischen Wandels Schritt gehalten hat.

Schülerinnen und Schüler je Lehrkraft

Allgemeinbildende Schulen, Schuljahre 2000/2001 und 2010/2011



4 Schulbetrieb

Anteil der Lehrkräfte mit 50 Jahren und älter 2010/2011

Allgemeinbildende Schulen, in %



4.5 Altersverteilung der Lehrkräfte

Die Kennzahl beschreibt die Verteilung der vollzeitbeschäftigten und teilzeitbeschäftigten Lehrkräfte nach Altersgruppen. Die Altersverteilung der Lehrkräfte gibt Auskunft darüber, wie viele Personen in den nächsten Jahren in den Ruhestand treten werden. Unter Berücksichtigung der Entwicklung der Schülerzahlen gibt die Kennzahl einen Hinweis auf den Ersatzbedarf an neuen Lehrkräften.

Fast die Hälfte der Lehrkräfte ist 50 Jahre und älter

Im Schuljahr 2010/2011 waren von den 673 000 vollzeit- und teilzeitbeschäftigten Lehrkräften in Deutschland fast die Hälfte 50 Jahre und älter. Dabei waren 54 % der Lehrer und 45 % der Lehrerinnen 50 Jahre und älter.

Insgesamt waren 12 % der Lehrkräfte an allgemeinbildenden Schulen im Schuljahr 2010/2011 60 Jahre und älter. Die größte Altersgruppe der Lehrkräfte bildeten die 50- bis unter 60-Jährigen mit 36 %, gefolgt von den 40- bis unter 50-Jährigen mit 25 %. Der hohe Anteil älterer Lehrkräfte ist auf die Einstellungswelle in den 70er Jahren

zurückzuführen. Die 30- bis unter 40-Jährigen machten 21 % aus. Unter 30 Jahre waren lediglich 6 % der Lehrkräfte. Der geringe Anteil jüngerer Lehrkräfte ist zum einen auf die Länge der Hochschulausbildung zurückzuführen. Zum anderen werden aufgrund der demografischen Entwicklung, d.h. der geringeren Zahl an Schülerinnen und Schülern, weniger Lehrkräfte eingestellt.

Junge Lehrerinnen und Lehrer häufiger an Grundschulen und Integrierte Gesamtschulen

Die Altersverteilung der Lehrkräfte unterschied sich zwischen den verschiedenen Schularten. Der Anteil der unter 30-jährigen Lehrkräfte war im Schuljahr 2010/2011 an den Realschulen mit 9 % und den Grundschulen mit 8 % am höchsten. Eine Rolle für den höheren Anteil an sehr jungen Grundschullehrkräften spielt unter anderem die kürzere Studienzeit für das Primarschullehramt. Auch an Förderschulen war der Anteil der jungen Lehrkräfte von 6 % im Schulartenvergleich recht hoch.

An Integrierten Gesamtschulen und an Gymnasien waren 6 % der Lehrkräfte unter 30 Jahre alt, gefolgt von Hauptschulen mit 5 %. An Schulen mit mehreren Bildungsgängen und an Freien Waldorfschulen waren jeweils rund 3 % der Lehrkräfte unter 30 Jahre alt. Mit weniger als 2 % waren an

Schulartunabhängigen Orientierungsstufen kaum Lehrkräfte dieser Altersstufe zu finden.

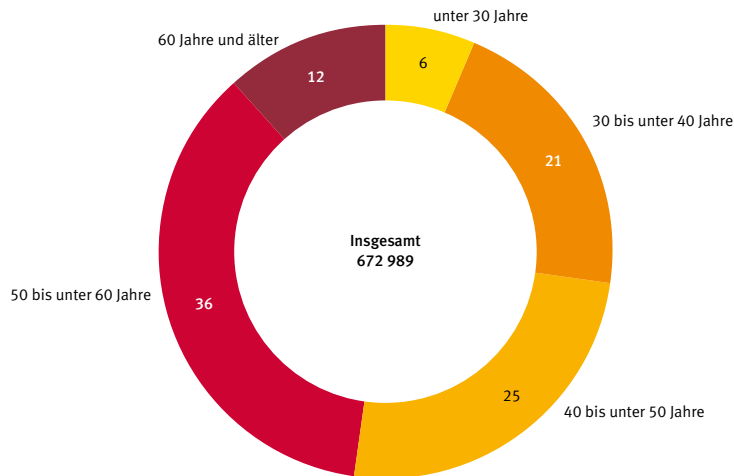
Älteste Lehrerkollegien in Berlin und Thüringen

Die ältesten Lehrerkollegien waren im Schuljahr 2010/2011 in Berlin mit 56 %, Thüringen mit 55 %, Bremen und in Sachsen-Anhalt mit 53 % Lehrkräften, die 50 Jahre und älter waren, zu

finden. Im Bundesländervergleich waren die Altersgruppen der 50-jährigen und älteren Lehrkräfte in Bayern mit einem Anteil von 43 % und in Rheinland-Pfalz mit 42 % deutlich kleiner. Für Hamburg, das mit 38 % den geringsten Anteil an 50-jährigen und älteren Lehrkräften verzeichnete, liegen allerdings für etwa 10 % der Lehrkräfte keine Altersangaben vor.

Altersverteilung der Lehrkräfte 2010/2011

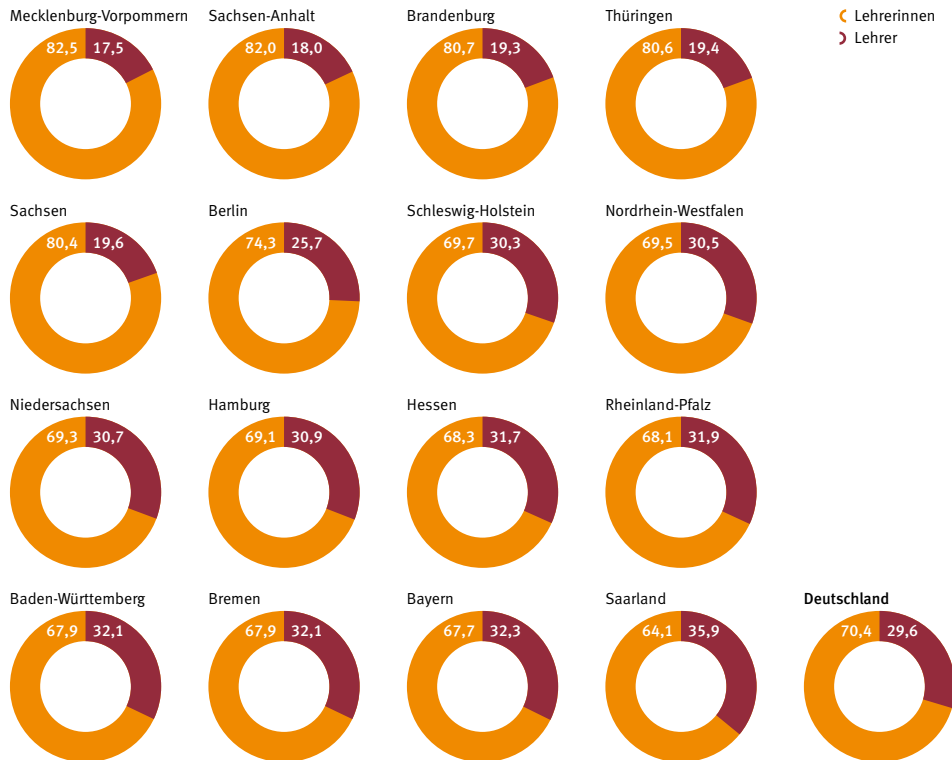
Allgemeinbildende Schulen, in %



4 Schulbetrieb

Lehrkräfte nach Geschlecht 2010/2011

Allgemeinbildende Schulen, in %



4.6 Lehrkräfte nach Geschlecht

Die Kennzahl beschreibt den Anteil der Frauen an den Lehrkräften in den einzelnen Schularten in Deutschland. Die Kennzahl gibt Auskunft, in welchem Umfang Erziehung und Unterricht der Schülerinnen und Schüler in den Bildungsstufen von Frauen oder Männern geprägt werden.

Sieben von zehn Lehrkräften sind weiblich

Im Schuljahr 2010/2011 waren 70% der Lehrkräfte an allgemeinbildenden Schulen in Deutschland weiblich. Der Anteil der Frauen war dabei bei den teilzeitbeschäftigten Lehrkräften mit 86% deutlich höher als bei den Vollzeitbeschäftigten mit 60% und den stundenweise beschäftigten Lehrkräften mit 69%. Im Vergleich zum Schuljahr 2000/2001 ist der Anteil der Frauen am gesamten Lehrpersonal in den letzten zehn Jahren um fünf Prozentpunkte gestiegen. Während der Frauenanteil an den Teilzeitbeschäftigten um rund einen Prozentpunkt gesunken ist, gab es bei den stundenweise beschäftigten Lehrkräften einen Anstieg um mehr als sieben Prozentpunkte und bei den Vollzeitbeschäftigten um rund acht Prozentpunkte.

Frauenanteil in Grundschulen am höchsten

Betrachtet man den Frauenanteil in den verschiedenen Schularten, wird deutlich, dass Frauen an Grundschulen besonders häufig und Männer an weiterführenden Schulen vergleichsweise stärker in den Kollegien vertreten sind. Den höchsten Frauenanteil am Kollegium wurde an den Grundschulen mit 85 % erreicht. Hierbei waren vor allem die teilzeitbeschäftigten Lehrkräfte zu 95 % weiblich. Die höchsten Männeranteile am Lehrpersonal waren mit 43 % an den Gymnasien sowie mit 39 % an den Freien Waldorfschulen und mit 38 % an den Hauptschulen zu finden.

Ostdeutschland mit höchsten Frauenanteilen

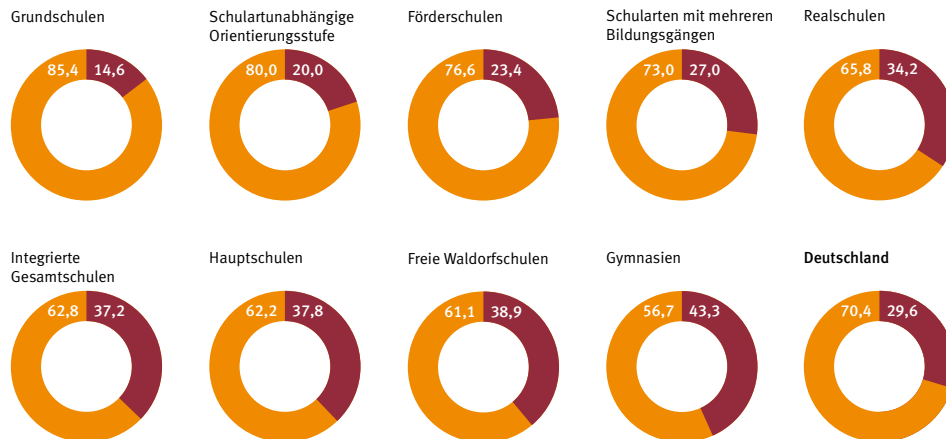
Der Frauenanteil am Lehrpersonal differierte im Schuljahr 2010/2011 zwischen den Bundesländern um 18 Prozentpunkte. Mecklenburg-Vorpommern erreichte mit 83 % den höchsten Frauenanteil, gefolgt von Sachsen-Anhalt mit 82 %.

Hingegen lag der Frauenanteil in westdeutschen Bundesländern wie Hessen, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg, Bremen und Bayern mit jeweils 68 % deutlich niedriger. Den geringsten Frauenanteil erreichte mit 64 % das Saarland.

Lehrkräfte nach Geschlecht und ausgewählten Schularten 2010/2011

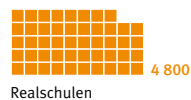
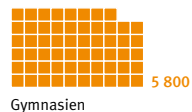
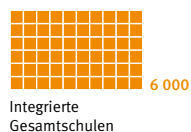
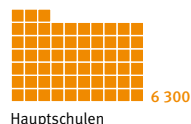
Allgemeinbildende Schulen, in %

Lehrerinnen
Lehrer



5 Ausgaben für Schulen

Ausgaben nach ausgewählten Schularten je Schülerin und Schüler 2008 in Euro



Ein Quadrat entspricht 100 Euro.

5.1 Ausgaben je Schülerin und Schüler nach Schularten

Die Kennzahl vergleicht die Finanzausstattung für verschiedene Schularten bezogen auf Schülerinnen und Schüler. Da die Schulartengliederung von Finanzstatistik und Schulstatistik unterschiedlich sind, wurde ein Verfahren zur Verteilung der Ausgaben auf die Schularten entwickelt. Alle Ergebnisse wurden nach der Berechnung gerundet.

Höhere Ausgaben für Schulen mit mehreren Bildungsgängen

Insgesamt wurde im Haushaltsjahr 2008 je Schülerin und Schüler an öffentlichen allgemeinbildenden Schulen 5 600 Euro ausgegeben. Innerhalb der allgemeinbildenden Schulen lagen Grundschulen mit 4 400 Euro unter dem Durchschnitt, während Gymnasien mit 5 800 Euro bzw. Integrierte Gesamtschulen mit 6 000 Euro darüber lagen.

Unterschiede in der Höhe der Ausgaben je Schülerin und Schüler zwischen den Schularten und den Bundesländern können zurückgeführt werden auf:

- ▶ Unterschiedliche Schüler-Lehrer-Relationen
- ▶ Differierende Pflichtstundenzahlen der Lehrkräfte

- Unterschiedliche Klassengrößen und Schulstrukturen (z. B. Ganztagsbetreuung)
- Abweichende Besoldungsstrukturen und -niveaus
- Unterschiede in der Ausgestaltung der Lernmittelfreiheit
- Zeitliche Verteilung von Investitionsprogrammen.

Stadtstaaten geben am meisten aus

Vergleicht man die Ausgaben für allgemeinbildende Schulen der einzelnen Länder mit dem Bundesdurchschnitt allgemeinbildender Schulen mit 5 600 Euro, so liegen die westlichen Flächenländer mit 5 400 Euro unter und die östlichen Flächenländer mit 6 400 Euro sowie die Stadtstaaten mit 6 600 Euro über dem Durchschnitt.

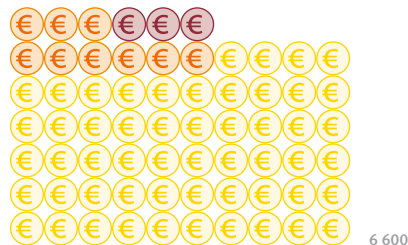
Die höheren Ausgaben in den östlichen Flächenländern sind unter anderem auf die demografische Entwicklung zurückzuführen, da die Ausgaben zur Erhaltung eines wohnortnahen Bildungsangebots die Ausgaben nur bedingt an den Schülerrückgang angepasst wurden.



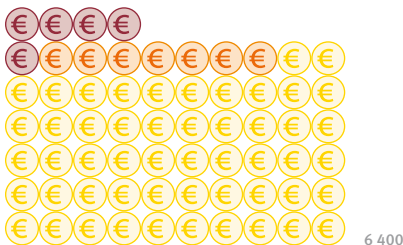
5 Ausgaben für Schulen

Ausgaben nach Ausgabearten je Schülerin und Schüler 2008

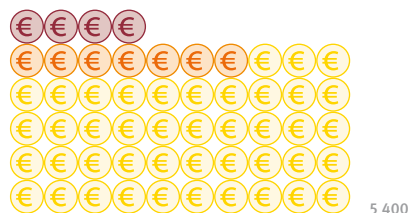
in Euro



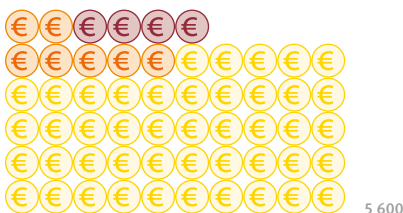
Stadtstaaten



Flächenländer Ost



Flächenländer West



Deutschland

Personalausgaben
 Laufender Sachaufwand

Investitionsausgaben
 Insgesamt

Ein Münzpiktogramm entspricht 100 Euro.

5.2 Ausgaben je Schülerin und Schüler nach Ausgabearten

Die Kennzahl beschreibt – bezogen auf die Schülerinnen und Schüler – die länderspezifische Finanzausstattung öffentlicher Schulen. Berücksichtigt werden die Ausgaben von Ländern und Gemeinden. Als Schulausgaben gehen dabei in die Berechnung ein: Personalausgaben für Lehr- und sonstiges Personal (einschließlich unterstellte Sozialbeiträge für verbeamtete Lehrkräfte sowie Beihilfeaufwendungen), laufender Sachaufwand (z.B. Lehrmaterialien, Heizkosten, Mieten) und Investitionsausgaben (z.B. Errichtung von Schulgebäuden).

5 600 je Schülerin und Schüler

Im Jahr 2008 wurden in Deutschland insgesamt für öffentliche allgemeinbildende Schulen 5 600 Euro je Schülerin und Schüler ausgegeben. Die Spannweite der Gesamtausgaben reichte dabei von 4 900 Euro in Nordrhein-Westfalen bis 7 100 Euro in Thüringen.

Bei einem tiefer gehenden Ausgabenvergleich auf Ebene der einzelnen Bundesländer ist zu beachten, dass die Schulstruktur und das Unterrichtsangebot zwischen den Ländern differieren

was z. B. Unterschiede in der Ganztagsbetreuung, den Betreuungsrelationen oder der Besoldungsstruktur angeht.

Länderübergreifend entfallen etwa 80 % der Ausgaben auf Personal

In allen Bundesländern entfällt der größte Teil der Ausgaben je Schülerin und Schüler auf die Personalausgaben. 2008 waren das im Bundesdurchschnitt 80%.

Länderspezifische Schwerpunkte bei Sachausgaben

2008 wurden im Bundesdurchschnitt 700 Euro für den laufenden Sachaufwand verwendet. In Schulgebäude und andere Sachgüter wurden durchschnittlich 400 Euro investiert, wobei die Investitionsausgaben je Schülerin und Schüler in Bayern und Sachsen mit 700 Euro überdurchschnittlich hoch ausfielen.

Ausgaben der Bundesländer bei laufenden Sachausgaben unterscheiden sich durch landesspezifische Regelungen zur Lernmittelfreiheit, Länderunterschieden im Gebäudemanagement oder Unterschieden im erforderlichen Modernisierungsaufwand. Die Investitionsausgaben unterliegen auf Grund von länderspezifischen Programmen größeren Schwankungen im Zeitablauf.



Abgängerinnen/Abgänger

Abgängerinnen und Abgänger der allgemeinbildenden Schulen sind Schülerinnen und Schüler des Berichtsschuljahres, die die Schulart nach Vollendung der Vollzeitschulpflicht am Ende oder im Verlauf des Berichtsschuljahres ohne Abschluss verlassen haben ohne auf eine andere allgemeinbildende Schulart zu wechseln.

Absolventinnen/Absolventen

Absolventinnen und Absolventen der allgemeinbildenden Schulen sind Schülerinnen und Schüler des Berichtsschuljahres, die die Schulart mit Abschluss verlassen haben oder die auf eine andere allgemeinbildende Schulart gewechselt haben, um einen zusätzlichen Abschluss zu erwerben.

Ausgaben je Schülerin und Schüler

Bei den dargestellten Ausgaben handelt es sich um unmittelbare Ausgaben von Bundesländern und Gemeinden für Personal, laufenden Sachaufwand und Investitionen an öffentlichen Schulen. Die Ausgabekategorien sind nach der Haushalts-systematik der Finanzstatistik abgegrenzt. Die so nachgewiesenen Personalausgaben werden um unterstellte Sozialbeiträge für verbeamtete Lehrkräfte sowie Beihilfeaufwendungen entsprechend den Konzepten und Angaben der Volkswirt-

schaftlichen Gesamtrechnungen ergänzt. Die so ermittelten Ausgaben im Haushaltsjahr werden anschließend zur Zahl der Schülerinnen und Schüler im selben Haushaltsjahr in Beziehung gesetzt. Grundlage dafür sind die Angaben aus zwei benachbarten Schuljahren der Schulstatistik.

Bildungsbereiche/Bildungs-/Schulstufen

Die institutionelle Gliederung des allgemeinbildenden Schulwesens nach Schularten kann durch eine horizontale Stufengliederung nach Bildungsbereichen ergänzt werden. Diese sind üblicherweise durch eine einheitliche Schulbesuchsdauer und gleiches Bildungsniveau gekennzeichnet. Vorklassen und Schulkindergärten werden zum Vorschulbereich (Elementarstufe) gezählt. Die Klassenstufen 1 bis 4 werden als Primarbereich (Grundstufe), 5 bis 10 als Sekundarbereich I und die gymnasiale Oberstufe als Sekundarbereich II bezeichnet. Eine Ausnahme im Sekundarbereich I bilden die zur Zeit in einigen Bundesländern parallel existierenden 9- bzw. 8-jährigen Gymnasien. Ungeachtet der jeweils länderspezifischen Zuordnung der Einführungsphase zur Sekundarstufe I oder II wird für Bundeszwecke diese grundsätzlich im Sekundarbereich II nachgewiesen. Damit umfasst der Sekundarbereich I der 8-jährigen Gymnasien nur noch die Klassenstufen

5 bis 9. Diese Darstellung gilt auch für die neuen Bundesländer, die seit ihrer Gründung 8-jährige Gymnasien haben. Förderschulen werden nicht in diese Stufengliederung einbezogen.

Einschulung

Als Einschulung gilt die Aufnahme in die 1. Klassenstufe, nicht dagegen in eine vorschulische Einrichtung. Zum wiederholten Male eingeschulte Kinder werden nicht mitgezählt.

Förderschulen

Förderschulen haben den gleichen Bildungsauftrag wie die übrigen allgemeinbildenden Schulen. Sie dienen der Förderung und Betreuung körperlich, geistig und seelisch benachteiligter sowie sozial gefährdeter Kinder, die nicht oder nicht mit ausreichendem Erfolg in anderen Schulen unterrichtet werden können. Zu den Förderschulen zählen u. a. auch alle übrigen selbständigen allgemeinbildenden Schularten für Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischer Förderung, wie z.B. Realförderschulen und Gymnasialförderschulen. Gleichfalls werden dieser Schulart alle Zweige und Klassen für Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischer Förderung zugeordnet, die aus schulorganisatorischen Gründen mit anderen Schularten verbunden. → **Schülerinnen/Schüler mit sonderpädagogischem Förderungsbedarf**

Freie Waldorfschulen

Freie Waldorfschulen (1.–10. Klassenstufe und 11.–12. bzw. 13. Jahrgangsstufe) sind private Ersatzschulen mit besonderer pädagogischer Prägung, die die Klassen 1 bis 12 von als einheitlichen Bildungsgang nach der Pädagogik von Rudolf Steiner führen.

Grundschule

Grundschulen (1.–4. Klassenstufe) vermitteln Grundkenntnisse und Grundfertigkeiten in einem gemeinsamen Bildungsgang. Danach erfolgt der Übergang auf eine Orientierungsstufe bzw. auf eine weiterführende Schule. In den Bundesländern Berlin und Brandenburg umfasst die Grundschule die Klassen 1 bis 6. In der bundeseinheitlichen Statistik werden die 5. und 6. Klassenstufe an diesen Schulen der Schulartunabhängigen Orientierungsstufe zugeordnet.

Gymnasien

Gymnasien sind weiterführende Schulen, die Schulbesuchsdauer beträgt zwischen sieben und neun Jahren. Das Abschlusszeugnis des Gymnasiums gilt als Befähigungsnachweis für das Studium an Hochschulen. Gymnasialförderschulen sind den Förderschulen zugeordnet.

Hauptschulen

Hauptschulen (5. bzw. 7. bis 9. bzw. 10. Klassenstufe) vermitteln eine allgemeine Bildung als Grundlage für eine praktische Berufsausbildung und bereiten in der Regel auf den Besuch der Berufsschule vor. Der Abschluss der Hauptschule wird häufig auch als Berufsschulreife gewertet.

Inklusion

Für den Schulbereich bedeutet Inklusion einen gleichberechtigten Zugang zur Bildung für alle. Im Zusammenhang mit der Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen sollen Schülerinnen und Schüler mit Behinderungen gleichberechtigten Zugang zu einem integrativen Unterricht an allgemeinbildenden und beruflichen Schulen haben.

Integrierte Gesamtschulen

Integrierte Gesamtschulen (5. bis 9./10. Klassenstufe) sind Einrichtungen mit integriertem Stufenaufbau, bei denen die verschiedenen Schularten zu einer Schuleinheit zusammengefasst sind. Diese Gesamtschulen können organisatorisch mit Grundschulen und gymnasialen Oberstufen verbunden sein. Ergebnisse über additive und kooperative Gesamtschulen sind nicht gesondert ausgewiesen, sondern bei den entsprechenden Schularten enthalten.

Klasse

Die Klasse bezieht sich auf eine Lerngruppe von Schülerinnen und Schülern (Klassenverband), die in der Regel gemeinsam unterrichtet werden. In der reformierten Oberstufe der Gymnasien, Integrierten Gesamtschulen, Freien Waldorfschulen sowie bei den Abendgymnasien und Kollegs wurden die Klassenverbände überwiegend zugunsten von Grund- und Leistungskursen aufgelöst. Für die Jahrgangsstufen 11, 12 und 13 in den allgemeinbildenden Schulen werden einheitlich keine Klassen ausgewiesen, obwohl in der 11. Jahrgangsstufe Klassen existieren.

Lehrkräfte

Als Lehrkräfte gelten alle Personen, die ganz oder teilweise im Rahmen der gesetzlich oder vertraglich festgesetzten Pflichtstunden eigenverantwortlich unterrichten oder unterrichten müssten bzw. unter Berücksichtigung von Anrechnungsstunden eine Schule leiten. Lehrkräfte werden derjenigen Schulart zugeordnet, an der sie ausschließlich bzw. überwiegend tätig sind. Sie werden nach dem Beschäftigungsumfang eingeteilt in vollzeit- und teilzeitbeschäftigte Lehrkräfte sowie stundenweise beschäftigte Lehrkräfte eingeteilt. Vollzeitbeschäftigte Lehrkräfte sind mit voller Regelpflichtstundenzahl (Pflichtstunden = Unterrichtsstunden + Abminderungsstunden) tätig.

Stundenweise beschäftigte Lehrkräfte sind mit weniger als 50 % der Regelpflichtstunden einer vollzeitbeschäftigten Lehrkraft tätig. Lehramtsanwärterinnen und Lehramtanwärter sowie Referendarinnen und Referendare werden – soweit sie selbständig Unterricht erteilen – den stundenweise Beschäftigten zugeordnet, auch wenn sie mit mehr als 50 % der Regelpflichtstundenzahl unterrichten. Im Rahmen der Schulstatistik werden die Lehrkräfte als Personen gezählt.

→ **Vollzeitlehrkräfteeinheiten**

Quotensummenverfahren

Für die Kennzahlen „Studienberechtigtenquote“ und „Abgängerinnen und Abgänger ohne Hauptschulabschluss“ wird der Anteil der Studienberechtigten bzw. der Abgängerinnen und Abgänger ohne Hauptschulabschluss an jedem einzelnen Altersjahrgang der Bevölkerung ermittelt und zu einer Quote aufsummiert. Die mit dem Quotensummenverfahren berechnete Studienberechtigtenquote repräsentiert den Anteil der Personen einer Alterskohorte, die zu einem beliebigen Zeitpunkt innerhalb ihres Lebens eine Studienberechtigung erwerben.

Realschulen

Realschulen (5. bzw. 7. bis 10. Klassenstufe) sind weiterführende Schulen. Die Schulbesuchsdauer beträgt zwischen vier und sechs Jahren. Der Realschulabschluss eröffnet u. a. den Zugang zu den Fachoberschulen. Er wird deshalb auch als Fachoberschulreife bezeichnet. Die Realförderschulen sind den Förderschulen zugeordnet.

Schularten mit mehreren Bildungsgängen

Schularten mit mehreren Bildungsgängen (5. bzw. 7. bis 9. bzw. 10. Klassenstufe) vermitteln eine allgemeine Bildung und schaffen die Voraussetzung für eine berufliche Qualifizierung. Ab der 7. Klassenstufe erwerben Schülerinnen und Schüler mit erfolgreichem Besuch der 9. Klassenstufe den Hauptschulabschluss und mit erfolgreichem Besuch der 10. Klassenstufe und bestandener Prüfung den Realschulabschluss.

Schulartunabhängige Orientierungsstufen

Schulartunabhängige Orientierungsstufen sind schulartübergreifende Einrichtungen der Klassenstufen 5 und 6. Soweit die Orientierungsstufen aus organisatorischen Gründen bei einzelnen Schularten integriert sind, werden sie – ohne die Möglichkeit einer Trennung – bei diesen nachgewiesen.

In Rheinland-Pfalz bilden alle Klassen der Klassenstufen 5 und 6 in der Hauptschule, Realschule, Realschule plus und dem Gymnasium die Orientierungsstufe. Sie ist schulartabhängig oder schulartübergreifend eingerichtet. Auch wenn sie schulartübergreifend geführt wird, gehört sie organisatorisch zu einer der beteiligten Schulen und wird den beteiligten Schularten zugeordnet.

Schule

Als Schule gilt eine Bildungsstätte, -einrichtung oder Anstalt, in der Unterricht nach einem von der zuständigen Aufsichtsbehörde festgesetzten oder genehmigten Lehrplan erteilt wird.

Schule kann als Verwaltungs- bzw. Organisationseinheit gesehen werden, d.h. mehrere Schularten können organisatorisch einer Schulleitung unterstellt sein. Daneben werden alle Schularten, die im Hinblick auf Lehrpläne, Bildungsziel bzw. Qualifikationsniveau einen eigenständigen Charakter haben, als Schulen gezählt. Außenstellen einer Schule, die als Filialen oder Dependancen räumlich in einer anderen Einrichtung untergebracht sind, werden nicht als Schulen gezählt.

Schülerinnen/Schüler

Als Schülerinnen und Schüler werden die zu Beginn des Berichtsschuljahres an einer allgemeinbildenden Schule angemeldeten Personen bezeichnet.

Schülerinnen/Schüler mit sonderpädagogischem Förderungsbedarf

Als Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischer Förderung werden diejenigen Schülerinnen und Schüler statistisch erfasst, die tatsächlich sonderpädagogisch gefördert werden, unabhängig davon, ob ein sonderpädagogischer Förderbedarf förmlich festgestellt wurde oder nicht. Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderungsbedarf besuchen neben Förderschulen z.T. auch eine der übrigen allgemeinbildenden Schularten und werden bei der jeweiligen Schulart nachgewiesen.

Status der Schule

Öffentliche Schulen sind staatliche und nicht-staatliche Schulen, die nach Landesrecht als öffentliche Schulen gelten. Alle übrigen Schulen zählen zu den privaten Schulen.

Studienberechtigte

Studienberechtigte sind Absolventinnen und Absolventen mit allgemeiner, fachgebundener oder Fachhochschulreife aus allgemeinbildenden und beruflichen Schulen.

Vollzeitlehrkräfteeinheiten (VLE)

Die Berechnung der Lehrkräfte in Vollzeitlehrkräfteeinheiten erfolgt anhand des Beschäftigungsumfangs. Lehrkräfte in Vollzeit werden mit 1,0 und Lehrkräfte in Teilzeit mit 0,5 sowie stundenweise beschäftigte Lehrkräfte mit 0,2 Einheiten gewichtet. → **Lehrkräfte**

Davon zu unterscheiden ist die Umrechnung der teilzeit- und stundenweise beschäftigten Lehrkräfte in Vollzeitlehrkräfteeinheiten der Kultusministerkonferenz. Hier werden die individuellen Pflichtstundenzahlen der teilzeit- und stundenweise beschäftigten Lehrkräfte mit der jeweiligen Regelpflichtstundenzahl in Vollzeitlehrkräfteeinheiten umgerechnet.

Wiederholerinnen/Wiederholer

Als Wiederholerinnen und Wiederholer gelten Schülerinnen und Schüler, die eine Klassenstufe zum zweiten Mal durchlaufen (z. B. wegen Nichtversetzung oder freiwilligem Rücktritt), unabhängig davon, ob sie die Schulart gewechselt haben.

Ist das Wiederholen mit einem Schulwechsel verbunden, werden die Schülerinnen und Schüler bei der aufnehmenden Schule gezählt (maßgeblich zur Feststellung der Wiederholung ist die besuchte Klassenstufe des Schuljahres).



www.destatis.de

Informationsservice

Tel.: +49 (0) 611 / 75 24 05

Fax: +49 (0) 611 / 75 33 30

Schriftliche Anfragen: www.destatis.de/kontakt

Weitere Veröffentlichungen zum Download oder Bestellen unter
www.destatis.de/publikationen

